

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

193 (20.8.1913)

Volkstreu

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonne-
mentspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl.
85 P.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.
Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 11 Uhr.
Postfachkonto Nr. 2660.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.
Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Basalinserate
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 11 Uhr vorm., für größere Inserate
am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Göt & Cie., Karlsruhe.

Der Katholikentag.

Mes., 18. August.

Die Besucher der Katholikentage stellen im allgemeinen keine hohen geistigen Ansprüche. Sie wollen sich begeistern und erschüttern lassen und dabei würde der Appell an ihr Denken nur hinderlich sein. Starke Worte ohne Inhalt, überlieferte Wendungen mit reichlichem Aufwand von Stimme und Geberde, das macht den beliebten und gefeierten Katholikentagsredner. Mit guten Gedanken richtet man nichts aus. Das mußte am gestrigen Begrüßungsabend der Vertreter der Schweizer Katholiken erfahren. Er berührte in seiner Ansprache die kriegerischen Ereignisse der jüngsten Zeit und meinte dabei: „Es muß einmal soweit kommen, daß katholisch sein soviel heißt, wie ringen gegen die Völkerverfeindungen, wie kämpfen für den Völkerfrieden!“ Kein Laut und keine Hand regte sich; der schöne Gedanke, der dem Katholizismus ein so wundervolles Ziel wies, ging spurlos an der Masse vorbei, die bald darauf wieder dem irdischen Gemeinplatz zujauchzte. Und auch auf der Tribüne, wo die geistlichen und weltlichen Spitzen der katholischen Christenheit saßen, rührte sich nichts, niemand gab, wie sonst üblich, bei diesem schönen Worte das Zeichen zum Beifall — der biedere Schweizer hatte diesen Satz vergebens gesprochen.

Die heutige Tagung begann mit einer von dem Verein zur Verteidigung der christlichen Schule und Erziehung veranstalteten Versammlung. Dieser Verein ist das Werk des Zentrumsabgeordneten Marx, eines wüsten Fanatikers, der seine Befähigung als Erzieher des deutschen Volkes dadurch nachzuweisen pflegt, daß er sich im politischen Kampfe dem Gegner gegenüber der bedenkenlichsten Mittel bedient. Die Reden wie die Redner, die man zu hören bekam, waren belanglos. Keine Sittlichkeit ohne Religion, keine Erziehung ohne die Kirche, keine Schule ohne konfessionelle Grundlage — das sind die drei Säule, auf die der Inhalt einer jeden Schulrede im Marxschen Sinne zurückgeführt werden kann. Hier und da fließt dann noch eine besondere Schönheit mit unter. „Ein Lehrer, der seinem Glauben entfremdet ist, hat das Recht, Religionsunterricht zu erteilen, verwirft und in schweren Fällen auch das Recht, christlichen Kindern überhaupt Unterricht zu erteilen.“ — sagte ein Redner. Und ein anderer: „Dat man die Kinder in der Schule daran gewöhnt, ein Leben ohne Gott zu führen, dann werden sie später den christentumsfeindlichen Einflüssen keinen Widerstand mehr entgegensetzen.“ — Armes Christentum, das sich hier jagen lassen muß, daß es auf erwachsene Menschen nicht den mindesten Einfluß mehr hat. Auch der Satz verdient bemerkt zu werden: „Wir sind Gegner des staatlichen Schulmonopols, Freunde der Unterrichtsfreiheit.“ Das Wort Freiheit im Munde der Merkmalen hat stets einen bedenklichen Beigeschmack. Unterrichtsfreiheit im merkmalen Sinne bedeutet die Freiheit, die Jugend so dumm zu halten, daß das Volk nicht zu zweifeln wagt an der Richtigkeit des Satzes: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“

Die zweite geschlossene Versammlung, die heute vormittag stattfand, beschäftigte sich mit einer Reihe von Anträgen, die zum eisernen Bestand der Katholikentage gehören und die auch der widerspruchsfreien Annahme sicher sind. Die Versammlung fordert aufs neue, daß der Papst als Oberhaupt der katholischen Kirche eine volle und wirkliche Freiheit in der Ausübung seines obersten Hirtenamtes genieße; sie gelobt zu diesem Zwecke zu beten und fleißig zum Peterspfennig zu steuern. Der Antrag wurde begründet vom Landtagsabgeordneten Schmitt (Mainz), der die Zeit für die Freiheit des Papstes dann für gekommen hält, wenn die Großen dieser Erde sich dem Entscheidungskampf mit den Mächten des Umsturzes gegenübersehen. In einem weiteren Antrag erklärt es die Versammlung für ihre Pflicht, „mit allem Nachdruck die alsbaldige, vollständige und vorbehaltlose Aufhebung des Gesetzes gegen die Jesuiten und die ihnen verwandten Orden zu verlangen“. Ein dritter Antrag fordert auf zur Unterstützung und Förderung des St. Raphaelvereins, der sich mit der Fürsorge für katholische Auswanderer beschäftigt. In einem weiteren Antrag wendet sich die Versammlung an die Katholiken Deutschlands mit der Forderung „zu gesteigerten Opfern an Gebet und Geldmitteln für die Heidenmission“, namentlich ergeht diese Forderung „an die wohlhabenden Katholiken, deren Opfer vielfach der stärkeren Leistungsfähigkeit nicht entspricht“ — eine Erfahrung, die ihre Befähigung auf zahlreichen anderen Gebieten, z. B. im staatlichen Steuerwesen, findet. Es scheint, daß die wohlhabenden Katholiken die „Opfer an Gebet“ für wirksamer halten als die Opfer an Geldmitteln; jedenfalls ist das Gebetsopfer bequemer, schon deshalb, weil die Leistung nicht kontrolliert werden kann.

Die erste öffentliche Versammlung der Katholikentage wird nach altem Brauche eingeleitet durch eine Rede des amtierenden Präsidenten. Aus der Rede des Fürsten zu Löwenstein sind zwei Punkte bemerkenswert: Erstens die Entscheidung, womit er vom Bundesrat die Zustimmung zu dem Beschluß des Reichstags über die Aufhebung des Jesuitengesetzes fordert, er wünscht, der Präsident des nächsten Katholikentages möge verkünden können, daß das Konstantinische Jubeljahr auch in der Reichsregierung ein fränkisches Konstantinisches Geistes geweckt habe. Zweitens die Stellung-

nahme des Katholikentages zum Gewerkschaftsstreit, einer Frage, die, wie Fürst Löwenstein bemerkte, gedroht habe, zu einer ersten Gefahr für die Einigkeit der Katholiken Deutschlands zu werden. Der Redner gab kurz und sachlich den Inhalt der Gewerkschafts-Enzyklika wieder und bemerkte dann: Nach der Meinung des Papstes ist der Gewerkschaftsstreit für uns deutsche Katholiken entschieden und muß nun ruhen. Zu unierer Betrübnis haben sich unsere katholischen Arbeiter jahrelang in diesem Streit befämpft und einen Teil ihrer Kraft aufgegeben. Deshalb erschien uns die Zeit gekommen, wo der Katholikentag seine Autorität einsetzen muß in dieser Sache und wir entscheiden, daß der Streit zu ruhen hat. Die katholischen Arbeiter dürfen nicht weiter beunruhigt werden, um nicht die Einigkeit der Katholiken Deutschlands zu gefährden. Diese Einigkeit ist ein so hohes Gut für die Kirche und das Vaterland, um länger aufs Spiel gesetzt zu werden. Namentlich ergeht die Mahnung an die Presse, die Fehde aufzugeben. Man soll die Ueberzeugung anderer in dieser Frage ebenso achten, wie man die eigene geachtet zu sehen wünscht. Möge von der 60. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands dereinst rühmend gesagt werden, daß sie dem ungeliebten Gewerkschaftsstreit ein Ende gemacht habe. Dem Papst, der die Frage entschieden hat, wollen wir den Dank des deutschen Volkes für diese Tat apostolischer Weisheit zuzurechnen: „Gabe Dank, heiliger Vater, für dieses Wort zur rechten Zeit. Wir wollen es befolgen.“

Diese Ausführungen, die vielfach von lebhaftem Beifall unterbrochen waren, machten den Plänen der Berliner, in Mes die Gewerkschaftsfrage zur Erörterung zu bringen, ein Ende. Es war ein kluger Zug, der Leitung der Meser Tagung, die Autorität des Katholikentages und die Gehorsamspflicht gegenüber dem Papste ins Feld zu führen. Der Streit wird damit nicht aus der Welt geschafft, aber für die Meser Woche ist die Gefahr, daß sich die feindlichen Brüder in Christo vor verammeltem katholischem Volke in die Haare geraten, beseitigt.

Deutsche Politik.

Voraussendes vom Katholikentag.

Auf dem Meser Katholikentag hielt ein Oberlehrer Dr. Cuny eine Rede für die konfessionelle Schule, in der er sagte:

„Wir lehnen deshalb die Simultanschule ab, weil in ihr Lehrer unterrichten, die sich an der modernen Deszendenztheorie berauscht haben.“

Nach der Kennzeichnung der „Köln. Corr.“ (vormittags schlafen sie ihre Künste aus, nachmittags rufen sie Bravo) darf man dem Oberlehrer Dr. Cuny aufs Wort glauben, daß man sich auf Katholikentagen an allem andern berauscht, bloß nicht an der Deszendenztheorie.

In einer andern Stelle seines Vortrages sagte derselbe Redner:

„Wir halten daran fest, daß unsere Kinder nicht der Regierung und nicht dem Staate gehören, sondern den christlichen Eltern, und deshalb müssen die Kinder in der Schule genau so erzogen werden, wie ein frommer Familienvater oder eine fromme Familienmutter ihre Kinder erziehen.“

Wer nüchternen Betrachtung fähig ist, wird ohne weiteres anerkennen, daß in diesem Satz ein berechtigter Kern steckt. Die Eltern — und nicht bloß die christlichen Eltern — dürfen verlangen, daß die Kinder in der Schule nicht gegen jene Auffassung aufgehetzt werden, die ihnen heilig sind, sie dürfen verlangen, daß man sie selber nicht vor ihren Kindern als sittlich minderwertig hinstellt, weil sie Ansichten vertreten, die den Herrschenden nicht passen. Daraus folgt aber nicht, daß die Schule konfessionell sein soll, sondern im Gegenteil, daß Religion und Politik nicht zu den Gegenständen staatlichen Zwangsunterrichts gehören dürfen.

Die württembergische Regierung und Babels Tod.

Von einem schwarzen Verdacht sucht sich der offizielle „Staatsanzeiger“ für Württemberg zu reinigen. In Scharfmacherblättern war ihm der schwere Vorwurf gemacht worden, er habe durch ein Extrablatt den Tod Babels verkündet, worin eine Aufmerksamkeit für den Revolutionär und eine arge Begriffsverwirrung in den obersten württembergischen Stellen erblickt wurde. In den eigenen Spalten sich zu verteidigen, scheint dem Regierungsorgan nun doch zu läppisch zu sein, dagegen wird in einer, anderen Blättern zugestellten offiziellen Notiz verkündet, daß die obersten württembergischen Stellen mit der Sache nichts zu tun haben, daß der „Staatsanzeiger“ auch kein Extrablatt ausgegeben habe, sondern auf einer an seinem Gebäude angebrachten Aushängetafel das neueste Telegramm vom Tode Babels registriert habe. Die Redaktion des „Staatsanzeigers“ wird also wohl unter Zuhilfenahme mildernder Umstände mit einem Verweis davon kommen.

Die klägliche Entschuldigung ist ein Symptom des politischen Luftzugs, der mit der Stärkung des Zentrums und der Konservativen in Württemberg eingezogen ist. Seinerzeit hat der württembergische „Staatsanzeiger“ aus

der Feder eines nachmaligen Ministers eine höchstverständige Besprechung des Marxschen Kapital gebracht. Bei Abhaltung des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart 1907 widmete der „Staatsanzeiger“ der Sozialdemokratie einige freundliche Worte. Damals ist eine Entschuldigung gegenüber den Angriffen, die auf ihn gerichtet wurden, unterblieben. Heute aber getraut sich die Regierung eine selbständige Haltung gegenüber den schwarz-blauen Parteien nicht mehr zu.

„Uns fehlt ein August Bebel.“

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Deutsche Monatszeitung“ einen Leitartikel, dem wir das Folgende entnehmen:

„Um diesen Toten im grauen Haar haben nicht nur die vier Millionen geweint, denen er die rote Fahne vorange-tragen.“

Selbst Richard Nordhagen, ein kleiner, aber stammer Antipode Babels, griff in die Saiten und sang ihm im toten „Tag“ eine Grabhymne. „Er war ein Kerl“. Er wars... und darum folgt seiner Wahre der trauernde Leid von uns allen, die unter ihren politischen Führern keinen seines Niefenmaches haben. Wo ist der, für den eines Bürgerlichen Herz so schlagen könnte, wie des Proletariats Seele für August Bebel brannte? Sie wären für ihn gestorben, die Männer mit der schwierigen Faust — wer möchte sich von uns für Herrn Wasserhahn oder Herrn Rahnide ins Grab legen? ... Uns fehlen die Führer, die uns besitzen. Uns fehlt der August Bebel! ... Uns Bürgerlichen ist das politische Geschäft niemals eine Sache der Freude, immer eine Sache des Elends. Begreiflich, daß solches Handwerk keine Helden schafft, begreiflich, daß aus solchem Boden nicht Männer wachsen, denen die Herzen der Millionen zuschlagen. Uns blüht kein August Bebel! ... Früher konnte, wer Bebel nicht im Herzen hatte, zu Bismard aufblicken. Heute heißen unsere Bismards teils Gottlieb von Jagow, teils Theobald von Bethmann. Gottlieb von Jagow ist unser Bismard für Auswärtige. Es wird ohne ihn gemacht. Und er wehrt sich nicht dagegen, daß man ihn gerade in der entscheidenden Endetappe der Balkan-krise vierzehn Tage auf Urlaub gehen läßt, damit nun alle Welt weiß, Deutschland hat sein „entscheidendes Wort“ ohne ihn in die Wagschale geworfen. Die hübsche Anekdote, die Harden in der letzten „Zukunft“ von seinem Wiener Imperialbett erzählt, stimmt zu dem Bilde aufs Haar. ...

Ist unser Bismard fürs Innere erfreulicher? Man darf von ihm auch ein Händchen aus jüngsten Tagen erzählen. Als die Dedungsvorlage im Reichstage im tiefsten Lehm stiel, überbrachte ihm einer der Dreihundertsebenundneunzig einen Kompromißvorschlag, der später auch der Sache wieder auf die Beine half. Was freilich der Doktor Theobald dorrerit nicht glauben wollte. Er zudte die Denterschädeln. Und seinem Philosophenmund entstrangen sich müde Worte: „Versuchen Sie doch einmal, Herrn Erzberger davon zu überzeugen!“ Der eine kann das Eisenbahnfahren nicht betragen und des andern Kahn stets unterm Stern Erzbergers. ...

Führer, für die unser Herz entbrennen soll? Führer, die den Weg in unsere Seele finden wollen? Führer, die uns den Bebel ersehen sollen, der uns fehlt?

Laß dir's nachrufen in dein Züricher Grab, grauer Kämpfer: Du hast auch unsere Tränen.

Um dich weinen auch die, denen du keine Fahne trugst. Gerade darum, weil du sie uns nicht trugst! ...

Zur Kruppaffäre.

Das 8 Uhr Abendblatt (Nationalzeitung) meldet, daß der von der Firma Krupp seiner Stellung entthobene Maximilian Brandt einen Nachfolger gefunden hat und zwar in einem Major Steiner, der die Berliner Vertretung der Essener Firma übernommen und bereits seinen Posten angetreten hat. Weiter schreibt die genannte Zeitung: „Wie es heißt, soll im Kriegsministerium ein neuer Geheimrat verlaubbart werden, in dem der Vertreter der Beamten mit Angestellten von Firmen der Rüstungsindustrie eine Regelung nach bestimmten Normen erfährt. Keinesfalls beabsichtigt man aber, so wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt, irgend eine Maßnahme zu treffen, ehe der zweite Prozeß gegen Brandt verhandelt worden ist.“

Deutsche in die Kaserne, Russen an die Arbeit!

Ueber eine eigenartige, aber nicht überraschende, sondern von den Sozialdemokraten im Reichstage vorausgesagte Folgeerscheinung der deutschen Seeresvermehrung wird der „Voss. Ztg.“ aus Petersburg berichtet:

„Dem Vernehmen nach hat das russische Ministerium des Innern die Gouverneure der Grenzprovinzen angewiesen, die Arbeiter, die sich nach Deutschland begeben, um dort Arbeit zu suchen, darüber aufzuklären, daß das neue Wehrgesetz für sie eine gute Konjunktur schafft, da es gegen 100 000 Mann der Landwirtschaft entziehen wird. Infolgedessen wünscht das Ministerium, daß den Bauern der Mat erteilt wird, Lohn-erhöhung zu verlangen. Es stützt sich dabei auf Berichte eines russischen Konsulats, das die Anregung zu der erwähnten Maßnahme gegeben hat.“

8
7 cm
12 cm
treffen
Uhr im
ger sind
2818
hr Sing-
2816
hat ihre
ende Ge-
van sollte
trinken,
Wommen
wöchliche
hriger
eführt
r 2996
sruhe
enstr.
aller Art,
wie ganze
gen
zu jeder
angelauft.
doffstr. 12
Ben!
calyptusol
00.
helmstr. 20.
dtbad
elegante
der.
Klasse.
Damen
mittags
8 Uhr,
1/8 bis
3/8 eine
uch über
17
r Salon
iche
nde
en
rstoffen
gegeben.
Wieder-
2598
Treppa hoch
trasse.
holz
2756
00
05
er
alen
Umgeb.
sruhe.
von Altona,
von Barmen,
mit Christina
Kaufmann
malß von
Gochsheim;
nheim, mit
von Mann-
e von hier.
Nöfeler geb
ichhorn von
Waldorf;
it Elisabeth
Waisenbach,
uchsal; Karl
hier; Robert
ppenau, mit
hier, Stein-
Dold von
ran.
ar Kurt, W.
B. Leopold
Luise Anna,
e, B. Konrat
e. Zeichmann
1. 11 Mt
stübli Feder
e. 28 Zg. 9

Es ist hübsch von der russischen Regierung, daß sie die russischen Arbeiter, die nach Deutschland gehen, dazu aufstachelt, höhere Löhne zu fordern. Man wird die Russen hierzulande als Lohnrüder in die Erscheinung treten. Die Folge wird freilich sein, daß Millionen und Abermillionen von Arbeitslöhnen, die von der fremden, aus Hungern gewöhnten Bevölkerung erspart werden, ins Ausland gehen, während der Arbeitsmarkt mit Slaven überflutet wird. Aber die deutsche Regierung hat das ja gewollt — zur Abwehr der „panlawistischen Gefahr“!

Christentum und Krieg.

Die Zentrumspreffe hatte das Titelblatt der Nr. 20 des „Simplicissimus“, das sich mit den Greueln des Balkanrieges befaßt, zum Anlaß genommen, an die „verantwortlichen Stellen“ die Frage zu richten, ob es keine Mittel gebe, solchen „Beschimpfungen der christlichen Religion, die einer Gotteslästerung gleichkommen“, ein Ende zu machen. Man muß abwarten, ob der Staatsanwalt dem Wink Folge geben wird. Der „Simplicissimus“ genießt bei weitem nicht unsere ungeteilte Sympathie in dem „infrimierten“ Falle aber hatte er eine treffende Charakteristik jener Sorte „Christen“ gebracht, die sich auf dem Balkan in den schrecklichsten Bestialitäten nicht genug tun konnten. Das Münchener Witzblatt hat nicht das Christentum beschimpft, sondern dies vor den kriegsfreundlichen Maulschreien, zu denen auch unsere Zentrumsphariseer gehören, in Schutz genommen. Und diesen möchten wir die folgenden Bemerkungen, die wir in der jüngsten Nummer (32) der „Christlichen Welt“ finden, unter die Nase halten:

„Es ist wohl keine subjektiv bewusste, aber eine unbewußte Heuchelei, wenn man meint, Christentum und Krieg vereinigen zu können. Heuchelei ist es, von einem Gott der Liebe zu reden und von ihm zu verlangen, daß er uns helfe, unsere Feinde zu töten. Heuchelei ist es, vom Reich Gottes zu träumen und die Verbindung der Völker als Utopie zu verwerfen. Heuchelei ist es, „Friede auf Erden“ zu predigen, und doch an diesen Frieden nicht zu glauben. Heuchelei ist es, sich auf den Namen Jesu des Friedefürsten zu berufen und zugleich den Haß gegen die Ausländer, die er ebenso erlösen wollte, wie uns, zu schüren. Wie sagt doch Mirza Schaffy?

Ihr mögt von Krieg und Heldenruhm
So viel, wie ihr nur wollt, verkünden,
Nur schweig! von eurem Christentum
Gepredigt aus Kanonenschünden...“

Vielleicht denunziert die Zentrumspreffe, auf die diese Kennzeichnung in ihrem ganzen Umfange buchstäblich zutrifft, auch den Verfasser dieses Artikels der Warburger Wochenschrift.

Klerikale Verächtlichungskünste.

Kürzlich hatte die nichtultramontane Presse Notiz genommen von Mitteilungen des Arztes Dr. Schrage über in der Eifel verbreitete gemeinschädliche abergläubische Volksbräute bei Schwangerschaft und Säuglingspflege. Darauf brachte die Zentrumspreffe einen Artikel, der fälschlich den Anschein erweckte, als habe Dr. Schrage etwas von seinen in der „Medizinischen Klinik“ erschienenen Veröffentlichungen zurückgenommen. Dr. Schrage, der in dem Eifelorte Willersdorf wohnt, erklärt nunmehr in der „Frankfurter Zeitung“, daß alle von ihm mitgeteilten Tatsachen insbesondere auch bezüglich der bedauerenswerten „Fintenkinder“, des „schwarzen Männerhendes“ und der „Geburtsgürtel“ heute noch bestehen. Dr. Schrage hat dem „Düsseldorfer Tageblatt“ auf die gekennzeichnete Notiz eine Verächtlichung gesandt, die das klerikale Blatt aber mit Silke des Berichtigten § 11 abgelehnt hat. Dr. Schrage fragt mit Recht, ob das Blatt glaube, daß sein Verhalten den Anforderungen des journalistischen Anstandes entspreche.

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlaikjer.

79

(Fortsetzung.)

(Nachdr. verb.)

Nachdem der erste Ueberblick gewonnen war, sollte die Sache im Grunde auch sofort geklärt werden. In den nächsten Tagen aber fühlte sich Asmussen gar nicht recht wohl. Es war offenbar eine Erkältung, die ihm in den Gliedern steckte. Er war müde, wenn er morgens aufstand, er hatte ein wenig Frösteln im Körper, und im rechten Ohr stellte sich ein sehr unangenehmes Säusen ein. Der alte Peter hatte das alles schon lange kommen sehen. Hatte er nicht gleich gesagt, daß die Fahrt über Land eine geradezu halbschredliche Torheit war? Wenn man so etwas machen wollte, mußte man auch gehörig Grog trinken. Der innere Mensch mußte etwas warmes haben, wenn der äußere Mensch joviell Kälte aushalten mußte; hatte Asmussen aber trinken wollen? Er hatte zwei laulige Glas Grog getrunken. Als ob das etwas helfen könnte! Wenn er, Peter, nicht vorsichtiger gewesen wäre, hätte er, Peter, jetzt auch eine schwere Erkältung gehabt. Es konnte eine Augenentzündung werden, er hatte heute gefahndet, die in vierzehn Tagen gestorben waren, obgleich sie nur halb so elend wie Lorenz Asmussen gewesen waren. Es gab nach seiner Meinung nur noch eine Rettung. Asmussen mußte sich ins Bett legen, mußte heiße Lächer auf den Bauch haben und viel Kamillentee trinken. Asmussen aber wollte vom Bett, von heißen Lächern und von Kamillentee durchaus nichts hören. Er hoffte, daß die Geschäfte auch so vorübergehen würde. Er hoffte vor allen Dingen, daß sie sich bald verziehen sollte. Er wartete von Tag zu Tag, um die Geschenke für Dagmar in der rechten Stimmung kaufen zu können. Die Erkältung aber blieb. Es waren nur noch zehn Tage bis Weihnachten, die entscheidende Nachricht aus Kiel konnte in jeder Stunde kommen, er mußte die Geschenke kaufen, wie unbehaglich ihm auch zumute war. Peter schüttelte den Kopf, als er am Abend loszog. Er ging nach seiner Meinung in den sicheren Tod. Asmussen aber freute sich, als er die Sache erst einmal hinter sich hatte. In seinem Zimmer

Ausland.

Oesterreich.

Zunehmende Arbeitslosigkeit. Die friedengefährdende Politik der Regierung mit ihren massenhaften, noch immer nicht beendeten Reservisten- und Landwehrziehungen hat auf das wirtschaftliche Leben verheerend gewirkt. Ein Zeichen ist die von der amtlichen „Sozialen Mundschau“ mitgeteilte Statistik der Arbeitsvermittlung. Danach entfielen auf 100 Gesuche: Juni 1912 bezw. 1913: Land- und Forstwirtschaft 70,67, 67,4; Industrie und Bergbau 50,0, 45,7; Handel und Verkehr 18,0, 14,1 vermittelte Stellen.

Das sind Zahlen des Sommer, der Zeit, die namentlich im Baugewerbe und der Landwirtschaft die größte Beschäftigung aufweist. Trotzdem ein Drittel vergebliche Arbeitsangebote von Landarbeitern! Ein Zeichen, was von der vielbejamerten „Leutenot“ der Agrarier zu halten ist. — Unter den einzelnen Berufsgruppen zeigt das Gast- und Schafigewerbe mit 60,0 (i. B. 79,5 die günstigste, kaufmännisches Personal mit 9,8 (12,7) Proz. die ungünstigste Zahl. Den kleinsten Rückgang weisen auf: Verkehrsbedienstete mit 42,8 gegen 45,0, den größten: Baugewerbe (41,8 gegen 73,8), Industrie der Steine und Erden (42,6 gegen 66,9), Metallbearbeitung (33,5 gegen 52,5), Holz- und Schnitzwaren (36,0 gegen 57,3), Textilindustrie (37,9 gegen 57,8). Auch im Vergleich mit dem Mai 1913 ist noch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit vorhanden. Nur die Textilindustrie zeigt eine Zunahme der Vermittelungen von 85,8 auf 87,9 Proz., zwei andere Zweige wuzige von 0,4 und 0,2. Alle anderen weisen Rückgang auf: von 0,5 (Holz- und Schnitzwaren) bis 10,8 (Steine und Erden) und gar 13,7 (Baugewerbe). Die Prüfungszeit ist also noch nicht zu Ende. Die berühmte Großmachtpolitik, die hunderte und immer neue hunderte Millionen für Nordwerkzeuge ausübt, immer neue hunderttausende friedlicher Arbeit entzieht und die Ruhe ganz Europas um des „Preißiges“ eines erblich thronfolgers willen aufs Spiel setzt, läßt weiter ihre verheerenden Wirkungen auf die Arbeit des österr. Reiches spüren. Die Arbeiterzeitung sagt dazu: „Nichts wird zur Vinderung der Arbeitslosigkeit unternommen, nicht vom Staate, nicht vom Lande, nicht von der Gemeinde, während den Agrariern, ob Regen oder Hitze, die „Wolfsbände“ unterstützungen in Millionen aufstehen. Das Wien der Christlichsozialen hat Geld für Kerkelvereine, Klöster und Freizeitanlagen der Stadt- und Bezirksräte, für die Arbeitslosen nichts als blutigen Hohn: Haderklumpen hat sie Weiskirchner genannt. Aber in Kampf und Not lernt der Arbeiter am raschesten Freund und Feind erkennen. Nur zu, ihr fatten Haffer der Arbeit, euer Haß wird Früchte tragen!“

Die österr. Reichsminister gegen das Deutsche Reich. Die Balkanpolitik des Wiener Auswärtigen Amtes, die immer auf das falsche Pferd gewettet und mit ihren unablässigen Großsprecherien den Weltfrieden fort und fort, ohne etwas zu erreichen, aufs Spiel gesetzt hat, ist eine Kette von Fehlern, Privatitäten und verbotenen Wagnissen. Man sollte denken, daß die Herren, nachdem nur mit der ruhigen Haltung Rußlands auch die letzte Hoffnung auf eine „Revision“ des endlich erzwungenen Balkanfriedens geschwunden ist, nun in sich gehen und über eine vernünftigeren Haltung nachdenken würden. Für die dem Thronfolger am nächsten stehenden Minister, die eigentlichen Träger der jahrelangen, bald gegen Italien, bald gegen die Türkei, heute gegen Rußland, morgen gegen Rumänien und immer gegen Serbien gerichteten Kriegspolizei, wäre das aber zu vernünftig. Da sie ihre ganze Balkanpolitik immer unter der selbstverständlichen Voraussetzung getrieben haben, nötigenfalls die Macht des Deutschen Reiches für ihre kirchlichen und persönlichen Streiberien einsetzen zu können, richtet sich nun ihr Jörn gegen dieses, das frech genug gewesen ist, in den letzten Monaten aus der unbedingten Meeresflotte Franz Ferdinands auszuschleiden und statt schwarzgelb-röhmischer, deutsche und europäische Friedenspolitik zu treiben. So heißt es in einem durch die klerikale Presse laufenden Artikel der „Reichsanzeiger“-Korrespondenz, „daß sich Berlin während der ganzen schweren Krise der letzten 10 Monate von bundesgenössischer Treue und Hilfe auch nicht im geringsten leiten ließ!“ Gleich anfangs habe es die Zusage der Unterstützung verweigert, sei auch in der ganzen Folgezeit „vielfach im Wege gestanden, ist uns wiederholt in den Arm gefallen...“ Und jetzt fällt uns Deutschland geradezu in den Rücken.“ Seine Haltung gegenüber einer Revision des Bukarester Friedens stehe mit den Pflichten eines treuen Bundesgenossen im grellsten Gegensatz. Die Worte von der Bündelungstreue und dem Bundesgenossen in schimmernder Wehr hätten sich als hohe Phrasen erwiesen. „Kleinmüthigkeit, von träumerischem Konkurrenzneid befeuert, Engherzigkeit, wohl auch solennollernische Familienpolitik gänzlich verdrängt.“ Natürlich muß der deutsche Idealismus darin bestehen, deutsche Soldatenmochen für den sinnlosen Ehrgeiz Franz Ferdinands aufs Spiel

Balkan.

Der französische Minister des Aeußern, Richan, hat den Brief des Abgeordneten Georges Berry, der die französische Regierung zum Protest gegen die durch die bulgarischen Truppen verübten Grausamkeiten auffordert, durch einen Brief erwidert, in dem es heißt: Sobald die französische Regierung durch die Berichte von Augenzeugen und die Proteste der griechischen Regierung Kenntnis von den Tatsachen erhielt, auf die sie Bezug nehmen, hat sie nicht veräußert, gegen die bulgarischen Praktiken, die keine kriegsnotwendigkeit rechtfertigte, aufzutreten und nicht aufzuhören, die Aufmerksamkeit der bulgarischen Regierung darauf zu lenken, welche Verantwortung sie auf sich laden würde, wenn sie die Greuel begünstigen oder verschleiern würde, sie nicht zu kennen. Die Regierung hat den Legationsrat du Palquet von der Gesandtschaft in Athen und den Oberstleutnant Rendu Auftrag zu einer Untersuchung an Ort und Stelle über die von den Bulgaren an der wehrlosen Bevölkerung von Mozambon verübten Greuelthaten gegeben. Der Bericht ist mir noch nicht zugegangen, aber ich habe Grund zu fürchten, daß er die Klagen, mit denen die öffentliche Meinung befaßt worden ist, bestätigen wird. Ich behalte mir vor, zu prüfen, welche Folgen der Ergebnisse dieser Untersuchung zu geben ist, deren Veröffentlichung zweifellos den wirksamsten Protest gegen die von Ihnen erwähnten Greuelthaten bilden würde. Uebrigens hat die bulgarische Regierung ihrerseits wiederholt Gemahntaten zur Anzeige gebracht, zu denen sich griechische und türkische Soldaten gegen die bulgarische Bevölkerung in den von ihnen besetzten oder wiederbesetzten Gebieten hinreihen ließen. Daraus geht weiter hervor, daß im Laufe des letzten Krieges alle Kriegführenden, welche Völkern sie auch angehören, allzu oft die Gesetze der Menschlichkeit durch Grausamkeiten verletzt haben, die weder der Wunsch nach Sieg, noch die Verzweiflung der Niederlage rechtfertigen können.

Badische Politik.

„... Laßt sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind...“ Wir lesen in der deutschen Zentrumspreffe die schauerhaftesten Schilderungen über die kirchlichen Zustände in Frankreich, seitdem die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt ist. Agitatorisch wird insbesondere darauf Wert gelegt, Mitleid für die Geisteskranken zu erregen, welche mangels genügenden Einkommens auf den Bettel angewiesen sei und bei der Ausübung der Seelsorge hungern müßten, wenn nicht die Mildtätigkeit der Menschen ihnen hilfreich sei. Aus dem neuesten Tagebuch des Pfarrers Dr. Hansjakob ist uns ein klassischer Fall dieser Art geschildert. Unter den „Allerlei Leuten“, welche den Pfarrer von St. Martin besuchten, befanden sich auch zwei französische Geistliche, Seminarlehrer in Larbes (Diözese Bourdes), also aus der berühmten Wallfahrtsgegend. Sie schildern die Pfarrer in Frankreich als die reinsten Märtyrer, die „auf dem Lande ihren Unterhalt von Haus zu Haus erbetteln, wobei sie oft abgewiesen werden; in den Städten gehen bessere Frauen für sie betteln; für die Pfarrhäuser haben sie Mühe zu bezahlen und viele Pfarrer müssen von 500—600 Franks Bettelgeld leben.“

Dabei werden sie von den Bischöfen meist von oben herunter und mit Strenge behandelt; die Bauern aber gehen in politischer Beziehung meistens mit der Regierung, deren einflußreichste Vertreter in der Regel die Lehrer sind. Hansjakob fragte die beiden Abbes, ob der reiche Bischof von Larbes, ein Götter namens Schöpfer, die armen Pfarrer seiner Diözese nicht unterstützen und den Gaben der Wallfahrer? Sie vernichteten es mit dem Bemerkten, daß alle Gaben nur im Interesse der Wallfahrtskirche verwendet würden. Dr. Hansjakob aber merkt: „Wenn ich Bischof von Bourdes wäre, würde ich den Ueberfluß an die Pfarrer-Märtyrer abgeben, und ich bin überzeugt, die frommen Wallfahrer, denen ich es sagen würde, und die Muttergottes hätten gar nichts dagegen.“

Also die Moral von der Geschichte: Die Kirche benötigt ihren Rammon nicht zur Bezahlung der Arbeiter im Weinberge des Herrn und läßt diese darben. Für die hungrenden Pfarrer wird dann die Trennung von Kirche und Staat verantwortlich gemacht.

über dem Torweg schliefen nun alle die Herrlichkeiten dem heiligen Abend entgegen. Es war alles in Bereitschaft. Dagmar konnte kommen.

Dagmar kam aber nicht. Asmussen begann unruhig zu werden. Er fragte die Frau Engelbrecht an, die in dieser Zeit häufiger ins Haus kam: sie wußte aber von nichts. Ihre Töchter pflegten nicht zu schreiben. An eine Krankheit glaubte sie freilich nicht. Krankheiten kämen nur selten vor, die Mädchen hatten gewöhnlich andere Gründe, wenn sie nicht nach Hause kamen. Sie suchte Asmussen zu trösten, der von allerlei dunklen Gedanken heimgejagt wurde. Dagmar sei ferngeblieben, sie würde schon wieder kommen. Asmussen aber war nicht so leicht getrübt. Er umsping Dagmar mit großer Zärtlichkeit. Die bloße Abnung, daß ihr etwas widerfahren sein könnte, erfüllte ihn mit bangem Weh. Er beschloß, noch einen Tag zu warten, es sollte aber dann der letzte sein. Der Tag verging, aber der nächste Morgen brachte immer noch keine Nachricht. Es durfte so nicht weitergehen. Asmussen legte sich auf sein Zimmer und schrieb einen langen besorgten Brief, in dem er seinen Befürchtungen Ausdruck gab. Nun mußte die Entscheidung kommen. Der Brief war so, daß er eine sofortige Antwort nötig machte. Er brauchte einen Tag nach Kiel, einen Tag braucht die Antwort, am dritten Tage mußte er von allem Ungewissen erlöst sein. Am dritten Tage aber kam noch keine Nachricht, auch am vierten, auch am fünften nicht. Was sollte das bedeuten? Asmussen wurde ganz still, mit jedem Tage, der ging, zog er sich mehr in sich selbst zurück. Er schien völlig die Sprache verloren zu haben, er ging wortlos durch die Räume und ließ dem Hauswesen seinen eigenen Gang. Die Erkältung wollte nicht weichen, das Säusen im rechten Ohr drückte die Stimmung, die unbegreifliche Trauer, die über ihn gekommen war, ließ ihn ganz menschlichen werden. Es war unheimlich still im Hause geworden, auch die Mädchen spürten, daß etwas nicht in Ordnung war. Nur Frau Engelbrecht behielt den Kopf oben und war unverändert vergnügt. Endlich kam ein Brief. Es waren nur noch drei Tage bis zum Fest, aber besser spät als gar nicht. Asmussen riß das Kuvert in jäher Spannung auf. Das Schreiben war gar nicht von Dagmars Hand. Es waren die korrekten geschäftsmäßigen Blätter des Hoteliers, die ihm entgegenstarrten.

Dagmar wollte so gern das Fest mit ihnen erleben, er sei hoffentlich nicht böse, daß sie ihm für eine Weile untreu würde. Dagmar hatte eine Nachschrift hinzugefügt; sie habe den reichen eleganten Herrn gefunden, wie es mit Sine Andresen geworden sei? Was sollten doch diese Scherz! Asmussen ging in sein Zimmer über dem Torweg, er mußte allein sein. Wie konnte sie in dieser heiligen Zeit in der Fremde bleiben! Es war nicht nur Weihnachten, es war auch das Fest ihrer Verlobung. Es war ihm, als sei er plötzlich aus der alten Wohnstube ausgesperrt, sie aber lag darin und lächelte mit anderen Leuten. Hatte sie kein Gefühl dafür, daß sie ihm etwas antat? Was sollten die Leute sagen, wenn sie ihn loger um Weihnachten allein ließ. Er schüttelte bei den Mädchen eine Krankheit vor, er konnte doch nicht sagen, daß seine Frau auch um Weihnachten nicht nach Hause kommen wollte. Er ging wie von einem schweren Traum umfungen, als er nun in die Stadt ging, um Besorgungen zu machen. Er mußte nun selber die Geschenke für das Personal zusammenkaufen. Er hatte gedacht, daß Dagmar das tun sollte, aber Dagmar tanste ja unten in Kiel. Den Verkäuferinnen wollte er sehr workfarg und sonderbar vorkommen. Es war ja aber auch kein Wunder. Er hatte ja diese unangenehme Erkältung im Körper.

Der Weihnachtsabend kam. Die Mädchen waren in gedrückter Stimmung, es war irgend etwas nicht in Ordnung. Asmussen gab jedem das Seine, wie sie es gewohnt waren. Er setzte sich auch mit ihnen zu Tisch, er stieß mit ihnen an, aber er jagte kein Wort. Das Abendessen wurde unter beklommenem Schweigen eingenommen. Als man fertig war, ging Asmussen sofort in sein Zimmer hinauf. Wenn sie etwas trinken wollten, sollten sie sich nur ruhig etwas nehmen. Sie konnten zu Bett gehen, wann sie wollten: sie sollten aber vorher alles in Ordnung machen. Er selber würde nicht mehr hinunterkommen. Es klang müde, als er ihnen „Gute Nacht!“ bot.

War ein Donn im Zimmer zurückgeblieben? Es lag wie Grabesstimmung auf der ganzen Festlichkeit. es fehlte nicht

Der Landtagswahlkampf

Setzt schon allenthalben langsam ein und wenn nicht alle Zeichen trügen, darf man sich auf einen Kampf von besonderer Schärfe gefasst machen. Manche Zentrumskämpfer bedienen sich jetzt schon einer äußerst überzeugenden Sprache. So nannte, wie wir dem „Schwäb. Merkur“ entnehmen, in einer Zentrumsversammlung in St. Blasien Stadtpfarrer Camy jeden Fortschrittler, der die Kirchenfeindschaft des § 114 des Schulgesetzes nicht einsehe, kurzerhand einen „Simpel“.

Diese summarische Behandlung der Gegner hat entschieden den Reiz der Neuheit und dürfte die Debatten mit entgegengekehrten Meinungen in den Wählerversammlungen wesentlich abkürzen, falls die Methode des streitbaren Pfarrherrn bei allen Parteien Anklang finden sollte.

Landtagskandidaturen

In einer Vertrauensmänner-Versammlung der Zentrums-Partei des 17. Landtagswahlkreises Neustadt-Furtwangen-Überberg wurde der bisherige Abgeordnete, Reichstagsabgeordneter Duffner aus Furtwangen, wieder als Kandidat aufgestellt.

Als Reichstagskandidaten im 8. bad. Wahlkreis Nastatt-Wühl hat das Zentrum, wie man jetzt hört, den Amtsgerichtsdirektor Gieseler (Mannheim), den Präsidenten des Ortsausschusses des Mannheimer Katholikentages, in Aussicht genommen. — Darnach wäre also die Nachricht von der Kandidatur Bonderischer unzutreffend.

Unbittigheim, 19. Aug. Hier tagte eine Vertrauensmänner-Versammlung der konservativen Partei des Wahlkreises Adelsheim-Vogberg, in welcher der Bericht gefaßt wurde, bei der kommenden Landtagswahl von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten abzusehen und gleich im ersten Wahlgang den bereits vom Bunde der Landwirte aufgestellten Kandidaten Bürgermeister Hertle in Sachsenflur zu unterstützen.

Die Wahlberechtigten zur Ersten Kammer.

Der badische „Staatsanzeiger“ hat gleichzeitig mit der Bekanntgabe des Termins der Landtagswahlen auch das Verzeichnis der zur Ersten Kammer wahlberechtigten Personen veröffentlicht. Von den Grundherren oberhalb der Murg sind 51, und unterhalb der Murg 34 wahlberechtigt; jede Gruppe hat 4 Abgeordnete zu wählen. In den beiden Landesuniversitäten sind je 49, an der Technischen Hochschule Karlsruhe 36 Professoren wahlberechtigt; jede Fakultät wählt wahlberechtigten Personen beträgt im 1. I Hochschule wählt einen Vertreter. Die Zahl der in den Handelskammern wahlberechtigten Personen beträgt im 1. Wahlkreis 77, im zweiten 71, im dritten 57 Personen, in der Landwirtschaftskammer 42, in den Handwerkskammern 80. Wahlberechtigte Mitglieder der Stadträte der Städte der Städteordnung gibt es im ersten Wahlkreis 84, im zweiten 120, für die mittleren Städte gibt es 453 und für die Kreisamtschüsse 88 Wahlberechtigte.

Entschädigung der Schöffen und Geschworenen.

Die Justizbehörden werden vom Justizministerium auf das im Reichsgesetzblatt erschienene Gesetz betreffend die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen und die veröffentlichte Bekanntmachung des Reichskanzlers betreffend Tagegelder und Reisekosten der Schöffen und Geschworenen aufmerksam gemacht. Die neuen Bestimmungen treten gemäß Artikel 2 der Reichsverfassung am 23. August 1913 in Kraft. Die Tagegelder der Schöffen und Geschworenen werden in gleicher Weise wie die Reisekosten zur Zahlung angewiesen.

Die neuen Steuern.

In einem halbamtlichen Artikel über die neuen Reichsteuern, den heute die amtliche „Karlsruher Zeitung“ veröffentlicht, heißt es mit Bezug auf die Grunderwerbsteuer: Ein Verzicht des Reiches auf den Anteil an dieser Steuer (50 Proz.) dürfte, wie zu hoffen steht, den Grundstücksverkäufe günstig beeinflussen. Baden werde von den den einzelnen Bundesstaaten gegebenen Möglichkeiten, das Veranlagungsverfahren zu vereinfachen und den bei ihnen bestehenden Verhältnissen anzupassen, einen weitgehenden Gebrauch machen. — Hinsichtlich der Aufgaben von Gesellschaftsberatern und von Versicherungen, die vom 1. Oktober d. J. ab für das Reich er-

haben werden, wird u. a. mitgeteilt, daß die Beiträge und Gebühren, die den Steuerbehörden zugänglich zu machen sind, in Baden den Hauptsteuerämtern und Finanzämtern vorzulegen seien.

Weiter wird in dem Artikel darauf aufmerksam gemacht, daß im weitesten Maße die Verzögerungen, die bisher in Baden freigeblieben sind, künftig beseitigt werden.

Endlich wird darauf hingewiesen, daß die Tatsache, daß der Scheidungspapel nicht mit sofortiger Wirkung aufgehoben werde, sondern noch bis 31. Dezember 1916 forterhoben werde, zum Gegenstand lebhafter Erörterungen in der Presse gemacht worden sei.

Der Impfwang.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts erläßt über die Impfung folgende Bekanntmachung: Wie zu unserer Kenntnis gekommen ist, haben Eltern, die in der Schweiz wohnen und ihre Kinder täglich zum Besuch der öffentlichen Schulen nach Baden schicken, sich geweigert, ihre Kinder der Wiederimpfung zu unterwerfen. Nach § 1 Ziffer 2 des Impfgesetzes vom 2. April 1874 soll jedoch jeder Bögling einer deutschen Lehranstalt innerhalb des Jahres, in welchem er das 12. Lebensjahr zurückgelegt, sofern er nicht nach ärztlichem Zeugnis in den letzten fünf Jahren die natürlichen Mattern überstanden hat oder mit Erfolg geimpft worden ist, der Impfung mit Schutzpocken unterzogen werden. Dieser Verpflichtung erstreckt sich auch auf Schüler, die außerhalb des deutschen Reiches wohnen. Um der Gefahr, die von diesem der Wiederimpfung entzogenen Schülern ausgehen kann, zu begegnen, wird angeordnet, daß die Direktoren der höheren Lehranstalten, die Volksschulrektorate, Schulleiter und 1. Lehrer der Volksschulen alle Fälle, in denen Eltern solcher in der Schweiz wohnender Schüler sich weigern, ihre Kinder wieder impfen zu lassen, alsbald hierher anzuzeigen haben. Wir werden alsdann die Ausweisung des betreffenden Schülers verfügen.

Die Schiffbauverwaltung des Rheins. Die Nachfrage nach Programmen für den öffentlichen Wettbewerb zur Gewinnung von Entwürfen für die Schiffbauverwaltung des Rheins von Basel bis zum Bodensee war so stark, daß die dem internationalen Rheinisch-Rhône-Verband in Konstanz zur Verfügung stehenden 300 Exemplare in kürzester Zeit vergriffen waren. Es sind Anfragen aus Deutschland, Oesterreich-Ungarn, der Schweiz, den Niederlanden, Frankreich und England eingelaufen. Nicht so reger war das Verlangen nach dem von den Regierungen der Schweiz und Baden beschafften umfangreichen Material. Es läßt sich also mit Bestimmtheit erwarten, daß außerordentlich viele Firmen sich an dem Wettbewerb beteiligen werden.

Verteilungen der Staatsangehörigkeit. Nach Mitteilungen des badischen Statistischen Landesamts wurden im Jahr 1912 von den Landesverwaltungen und Bezirksämtern über die Verteilung der badischen Staatsangehörigkeit im ganzen 3692 Urkunden ausgefertigt, und zwar 3533 Aufnahme-, 152 Naturalisations- und 7 Wiedererwerbungsurkunden; ferner erwarben 184 Personen die badische Staatsangehörigkeit durch Eintritt in den badischen Staatsdienst. Diese 3876 Verteilungsurkunden betrafen 12 232 Personen, fast dreimal mehr als im Jahr 1911, in dem 4101 Personen aufgenommen wurden.

Aus der Partei.

Konferenz des 9. Reichstags-Wahlkreises.

Am verflochtenen Sonntag loote in Erlingen eine Konferenz des 9. Reichstagswahlkreises, welche von 64 Delegierten aus 28 Orten besucht war; 10 Orte waren nicht vertreten. Eingang der Verhandlungen gedachte der Vorsitzende Gen. Haritz-Durlach in zu Herzen gehenden Worten des verstorbenen Genossen Webel, zu dessen Erhebung die Anwesenden sich erhoben. Darauf erbat er Parteisekretär Gen. Trinks den Geschäfts- und Stellenbericht. Er hob hervor, daß die finanziellen Verhältnisse der Partei gute seien, jedoch könne die Entwicklung unserer Organisationen nicht befriedigen. Auch der 9. Kreis gehöre zu denen, welche einen, wenn auch minimalen, Mitgliederrückgang zu verzeichnen haben. Wohl könne mit Beziehung auf den größten Parteiorientierten des Kreises, Forzheim, hierbei die schlechte wirtschaftliche Konjunktur in Betracht gezogen werden, jedoch allgem. dürfte solches nicht zutreffen; es sei vielmehr innerhalb der einzelnen Organisationen eine Lähmung zu konstatieren, worfür auch der Fall zeuge, daß in einem Orte 36 sozialdemokratische Gemeindevorsteher verzeichnet sind, aber nur 32 Parteimitglieder. Manche Orte ermangeln auch der regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen und entstehen auch mitunter innerhalb

der Organisationen persönliche Streitigkeiten, welche der politischen Werbearbeit durchaus nicht dienlich seien. Die Mitgliederziffern der Frauen ist um 27 gestiegen. Der Kreisvorstand will diesen Verhältnissen erhöhte Aufmerksamkeit schenken und versuchen, durch Vertiefung unserer Anhänger in die Grundidee der Partei neuen Arbeitseifer zu schaffen. Zu diesem Zwecke ist auf 8.—28. Mai ein volkswirtschaftlicher Unterrichtskurs in Aussicht genommen und sollen auch zweckentsprechende Broschüren des Parteivorstandes zur Verbreitung gelangen. Genosse Lepperi hält die Festigung unserer Grundideen als erstes Erfordernis; der Kreisvorstand möge es sich angelegen sein lassen, dafür Sorge zu tragen, daß keine örtliche Mitglieder-Versammlung stattfindet, in welcher nicht auch ein kurzer, zweckentsprechender Vortrag gehalten wird. Der geplante Unterrichtskurs biete die Möglichkeit, eine ganze Reihe befähigter Genossen zu Versammlungsrednern heranzubilden; der Kreisvorstand dürfe eventl. finanzielle Beihilfe nicht scheuen. Redner läßt die angeführten Gründe für die Unterlassung einer Flugblattverbreitung bezüglich der neuen Militärvorlage nicht gelten und wünscht, daß das Veräuferte nachgeholt wird. Gen. Schöbelin, Forzheim unterbreitet die Ausführungen Leppers und weist besonders auf die inneren Personenstreitigkeiten in einzelnen Organisationen hin, welche großen Schaden hervorgerufen. Die Herausgabe des besprochenen Flugblattes hätte unbedingt erfolgen müssen, dieses umso mehr, da der Abgeordnete des Kreises, Herr Wittum, sich als entzogener Arbeiterfreund gezeigt hat. Gen. Kohnagel-Langensteinbach unterbreitet die Kandidatur Schöbels im 46. Kreis einer zutreffenden Kritik, während Gen. Schöbel-Durlach wünscht, daß der Jugendorganisation mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Gen. Kling-Forzheim und Schäfer-Bilsdingen wünschen einen besseren Ausbau der Parteipresse und mehr Energie zur Gewinnung von Monneten; die Presse bilde eine Grundlage der Partei. Gen. Schmamm-Gernsbach und Kraft-Forzheim üben Kritik an der Redaktion des „Volkstreu“ und wünschen die Fortführung darüber, warum nach den bekannten Vorgängen in Oettingen jetzt wieder Propaganda für die dortigen Volksschauspiele gemacht wird, während letzterer sich über eine unzulängliche Berichterstattung über die Gewerkschaftskongresse, in einem speziellen Fall des Buchbinderverbandes, beklagt. Gen. Kunkel-Durlach wünscht ein einheitliches Programm für den 9. Reichstagswahlkreis. Gen. Kohnagel-Karlsruhe weist die Vorwürfe seitens des Gen. Kraft zurück. Wenn für Forzheim ein so großes Interesse für die Verhandlungen des Buchbinderverbandes bestehe, was für den Verbreitungsbezirk des „Volkstreu“ nicht der Fall ist, dann hätten die Forzheimer diesen Wunsch äußern müssen und er wäre sicher auch berücksichtigt worden. Gen. Züner-Forzheim und Wüchlinger-Oettingen beschäftigen sich mit der Sportvereinsfrage und bedauern, daß es immer noch Parteigenossen gibt, welche sich in bürgerlichen Sportvereinen wohl finden, wenn man schon in einem Sportverein sein will, so müsse man die Arbeiter-sportvereine bevorzugen, die Mitgliedschaft in bürgerlichen Vereinen eines Genossen unwürdig. Nachdem noch Gen. Wehstoll-Oettingen eine größere Aufmerksamkeit seitens des Kreisvorstandes für die Landorte gewünscht, referierte Gen. Parteisekretär Trinks kurz über die Tagesordnungspunkte des deutschen Parteitag.

Es wurde beschlossen, nur einen Delegierten zu entsenden. Im Vorschlag stehen die Gen. Hug-Forzheim, A. Dedel-Mörch, Wüchlinger-Aue und Weber-Durlach. Die Wahlgittel gehen den einzelnen Organisationen im Vordruck zu und ist die Wahlhandlung im Laufe dieser Woche einschließlich Sonntag, 24. Aug., vorzunehmen. Bis Mittwoch, 27. Aug., müssen die Abstimmungsresultate in Händen des Kreisvorstandes sein.

Wolfsartweier, 17. Aug. Am Sonntag, 16. August, fand hier das Wahlfest des 46. Landtagswahlkreises statt, das von Seiten der Genossen von Aue, Eßlingen und Hohenwetterbach sehr gut besucht war. Grünwetterbach glänzte durch Abwesenheit. Unser Landtagskandidat Genosse Müller aus Forzheim hielt eine feine Ansprache mit dem Appell, daß jeder dazu beitragen möge, damit auch endlich einmal die tote Fäbne über unsern Wahlkreis wehe. Er forderte die Anwesenden auf, an unserem teuren Toten August Webel ein Beispiel zu nehmen, der ohne Hast und Ruhe bis zu seiner Todesstunde sich der guten Sache der sozialdemokratischen Partei widmete. Es sei noch erwähnt, daß die Sänger von Wolfsartweier, Aue und Eßlingen ein gut Teil zur Verschönerung des Festes beigetragen haben, wofür an dieser Stelle der Dank ausgesprochen sei. Wir können mit Stolz auf dieses Fest zurückblicken und hoffen, daß auch weiterhin solche Veranstaltungen von Seiten der Genossen unterstützt werden.

30. Landtagswahlkreis. Am Sonntag, 24. August, nachmittags 3 Uhr, findet im Gasthaus zum „Röben“ in Rehl (Karlsruherstraße) eine Konferenz des 30. Landtagswahlbezirks statt. Hierzu laden wir alle Parteigenossen

Theater und Musik.

Interims-Theater (Festhalle).

Zum erstenmal: „Goldener Leichsinn“. Operette in 3 Akten von J. v. Kobinski. Musik von Charles Kfeldy.

Schon wieder „überraschte“ uns die DIRECTION mit einer Novität; ob sie aber daran gut tat, bleibt eine offene Frage. In eine Spielzeit die besten und dankbarsten Novitäten einzutreten ist sehr lobend und wird allseits gefaßt; aber eine Spielzeit nur (!) aus Novitäten, guten und total unzulänglichen, zusammenzusetzen zu wollen, heißt verkehrt spekulieren denn auf die Dauer hefte selbst der geündeste Magen fortgesetzt diese minderwertige Kost nicht aus. Es werden eben leider doch zu wenig wirklich „gute“ Operetten geschrieben, um damit einen ganzen Sommer auskommen, d. h. das Repertoire bestreiten zu können.

Allerdings spricht die Tatsache entschuldigend für die DIRECTION, daß sie dieses belanglose Nachwerk nicht aus eigener künstlerischer Ueberzeugung aufführt, sondern weil sie verpflichtet dazu verpflichtet war. Die kapitalistischen Herren Verleger sind gar schlaue. Wenn ein Direktor von ihnen das Aufführungsrecht für einen lössmachenden Schläger erwerben will, — jaen wir z. B. „Puppchen“ —, so muß der Direktor wohl oder übel auch die minderwertige Operette, mit der der Herr Verleger beim Anlauf gründlich eingeeffnet ist, mit in den Kauf nehmen. Anders wird halt der „Schläger“ nicht abgegeben. Mander solcher harmloser Geistesprodukte verdanken nur dieser zwangsweisen Vertriebsart ihre bescheidene Auführungsziffer, mit der dann Verleger, Komponist und Textdichter die widerlichste Kellame treiben und beim unaufgeklärten Publikum den Anschein erwecken, das Stück hätte „eingeschlagen“.

Dieses, in Theaterkreisen längst nicht mehr unbekanntes Geschäftsgehabere der großen Verlagsfirmen müssen wir selbstverständlich als „mildernden Grund“ für die DIRECTION unserer Kritik zu Grunde legen.

Doch nun zum Stück und seiner Erstausführung am Samstag. Obwohl das Libretto merliche Spuren eines „goldenen Leichsinn“ verrät (wir meinen seitens seines geistigen Urhebers), so scheint uns doch der Titel nicht zweckentsprechend gewählt. Entschieden glaubwürdiger und dem Inhalt angäher scheint uns der wahre Titel: „Goldener (?)“

Waldsinn“. Sonst wüßten wir in der Tat dem Libretto nicht mehr nachzusagen, denn es verlohnte sich wirklich nicht der Mühe. Die Musik hat wenigstens einen ganz gefälligen Höhepunkt und das ist das Vorspiel zum 2. Akt. Glücklichweise gehört aber diese dankbare Musiknummer nicht in die Leichsinn-Partitur, sondern es ist dies ein wirklich geschmackvolles, für Militärmusik arrangiertes „Konzert-Potpouri“ nach „goldenen“ Melodien des „Leichsinn“.

Das Publikum nahm von dieser Novität mit angemessenem Tatgefühl Notiz. Von den vorher angepriesenen 3 Akten, die „Schläger“ wurden vielleicht „3“ wiederholt und auch diese wären sicherlich unbelästigt geblieben, wenn die betreffenden Darsteller nicht mit groteschen Verweirungen und ähnlichen Zirkuskünsten nachgeholfen hätten.

Trotz guter Regie (Herr Köhler) und guter musikalischer Leitung (Herr Wiegert) war dem Stück nicht viel zu helfen. Die Darsteller empfanden die Unabbarkeit ihrer Rollen. Die Gesamtdarstellung war deshalb matt, farblos und ließ die treibende Gänge vermissen. Schon eingangs der Soldatenchor „Klang“ wenig empfehlend. Auch bei den Solisten wurde, abgesehen von etlichen frei-komponierten Tönen, manches Wort aus dem Kasten gezogen. Aber bei einer derartigen Aufgabe darf man das den Darstellern eigentlich gar nicht übel nehmen. Für ihre „Mühevaltung“ nehmen wir gerne mit lobender Anerkennung die Damen: Fagenstecher, Gerede und Gree, sowie die Herren Lauter, Reno, Gante, Köhler, Kühle und Felfner. Schade um Zeit und Arbeitskräfte. — W. Sch.

Kunst und Wissenschaft.

Das Freiburger Stadttheater im nächsten Spieljahr. Das Stadttheater von Freiburg hat seinen Plan für die kommende Spielzeit herausgegeben, die vom 2. September bis 30. Juni kommenden Jahres dauert. Von den Wagnerischen Opern soll u. a. „Parsifal“ zur Aufführung gelangen. Beim Schauspiel ist Tolstoi zweimal („Nacht der Finsternis“ und „Der lebende Leichnam“) vertreten. Von den neueren Dichtern soll M. Wittichs „Hagenbachs Ende“ gegeben werden, das in der vergangenen Saison, knapp vor Lorenzschluß, zum erstenmal aufgeführt wurde. Als Uraufführung ist „Seine einzige Frau“ von Magnussen vorgegeben.

Kleines Feuilleton.

Ein Verein alemannischer Künstler und Kunstgewerbetreibender zum Schutze und zur Förderung der heimischen Kunst und des Handwerks hat sich in Vörsach gebildet. Die neue Kunstherbe-einigung, an deren Spitze Kunstmalers Dauer-Oettingen steht, wird noch in diesem Jahre mit einer Ausstellung heimischer Erzeugnisse an die Öffentlichkeit treten.

Freundlichkeit ein. Das Erscheinen der Vertrauensmänner des Vereins ist Pflicht.

Das Wahlkomitee: Jos. Kummel, Vorsitzender. Von der „Neuen Zeit“ ist jedoch das 46. Heft des 81. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Militär und stehendes Heer. Von Fr. Meiring. III. — Verstaatlichung und Verstaatlichung. Von Hans Marckwald. — Die politische Eisenbahnfrage. Ein Kapitel der Erderschließung Persiens. Von Erwin Barth. (Schluß.) Zur Bekämpfung der Reaktion. Von A. Kolb. — Literarische Rundschau: Ad. Tiedensburg. Die Entwicklung des Wahlrechts in Frankreich seit 1789. Von J. Leber. Dr. Karl Goldschmidt, Die Wertvereine. Von ad. hr. 25 Jahre Geschichte des Konsumvereins „Vorwärts“ in Dresden. Von P. G. Marc de Préaudeau, Michel Lafontaine. Le Collectivisme dans l'Internationale. Etude sur le Mouvement social. Von G. Stieff. Alfred H. Fried. Der Weg zum Weltfrieden im Jahre 1912. Von G. Effen. — Notizen: Ungebräute Männerköpfe Robert Schumanns. Von ew. — Zeitschriftenchau. Von th. s.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Solportreure zum Preise von 8.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Jugendbewegung.

Ist der Jungdeutschlandbund politisch?

Die Erkenntnis, daß der Jungdeutschlandbund nicht als neutrale Organisation anzupreisen sei, sondern einen ausgesprochenen politischen Charakter habe, scheint nach und nach auch in bürgerlichen Kreisen Eingang zu finden. So veröffentlichte im „B. L.“ ein Herr F. Düsing, der sich als Oberturnwart für das Schülerturnen der Berliner Turnerschaftskorporation bezeichnet, einen Artikel, welcher die Zwistigkeiten zwischen der Deutschen Turnerschaft und dem Jungdeutschlandbund behandelt. In diesem Artikel wird der Jungdeutschlandbund in uneingeschränkter Weise als politische Organisation bezeichnet. Der entscheidende Absatz lautet: „Nun bleibt die Frage aufzuwerfen: Ist der Jungdeutschlandbund politisch? Diese Frage kann nach den letzten Vorgängen nur mit einem kräftigen Ja! beantwortet werden, denn Beweise dafür braucht man nicht erst zu suchen. Sie liegen auf der Straße, kann man sagen. Ist es denn nötig, für eine gesundheitliche Erziehung und Erziehung der Jugend eine einseitige militärische Tracht vorzuschreiben und einzuführen? Die hierfür verschwendeten Gelder hätte man lieber für freie Spielplätze der Jugend und als Beitrag für die Erhaltung des Waldgürtels um Berlin und andere Städte ausgeben sollen — sie wären nützlicher angelegt. Daß der Jungdeutschlandbund sich politisch betätigt, haben wir bei so vielen Anlässen gesehen, daß niemand mehr daran zweifeln kann.“

Herr Düsing bemüht sich nun allerdings demgegenüber die Turnerschaft als ein völlig neutrales Gebilde hinzustellen. Damit hat er aber sicher unrecht. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß der bekannte Turner Götz in Leipzig jüngst in einer öffentlichen Erklärung, die er sowohl als Vorsitzender der Deutschen Turnerschaft wie als stellvertretender Vorsitzender des Jungdeutschlandbundes unterzeichnete, den Zweck des Zusammenwirkens beider Organisationen mit folgenden Worten kennzeichnet: „Auf diesem Wege soll auch erstrebt werden, daß alle diese Verbände, Schütler an Schütler, eine starke Phalanx im Kampfe um die Jugend bilden, welche die sozialdemokratische Partei zum willenlosen Werkzeug ihrer vaterlandslösen Ziele erziehen will.“

In diesem Zusammenhang verdient auch der Ausdruck, den der Vorsitzende eines Dessauer Gerichts, Amtsrichter Herwig, in öffentlicher Gerichtsitzung tat, von neuem erwähnt zu werden. Der Amtsrichter führte nämlich aus, er (der Amtsrichter) könne das nicht recht glauben, daß organisierte Arbeiter bürgerlichen Vereinen angehören. Er halte es für unmöglich, daß bei der heutigen scharfen Scheidung der Weltanschauungen und der politischen Ueberzeugungen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und sozialdemokratisch gestimmte Mitglieder der Deutschen Turnerschaft sein könnten. Er würde solche Mitgliedschaft für unwürdig halten.

Aus alledem geht für die arbeitende Jugend klar hervor, daß sowohl der Jungdeutschlandbund wie die Turnerschaft Gebilde sind, die aus Prinzip die moderne Arbeiterbewegung empfinden und der deshalb ein Klassenbewußter Arbeiter nicht angehören darf.

9. Generalversammlung des Verbandes der Lithographen und Steindrucker.

k. r. Stuttgart, 15. August.

Sechster Verhandlungstag. Eine längere Debatte über den Chemigrappenarif, über den Differenzen mit den Tief-, Licht- und Steindruckern wegen der Einbeziehung des Offsetdrucks in den Tarif bestehen, führte zur Bildung einer Kommission aus den einzelnen Berufsarten, der die Beratung der neuen Verfahren und der dazu gestellten Anträge überwiesen wurden.

Mit Wratke-Hannover als Referenten und Vauinecht-Elberfeld als Korreferenten wurde der Punkt Graphischer Industrieverband behandelt. Beide Referenten fanden grundsätzlich auf dem Boden der Verschmelzung — der alte, bereits auf früheren Generalversammlungen festgelegte Standpunkt des Verbandes —, aber während Wratke angesichts des Sachlage (immer stärkerer Zusammenschluß der Unternehmer, Preisniedrigkeiten der Gewerbe usw.) diese Verschmelzung forciert haben wollte, wollte Vauinecht dieselben langsam reifen und durch Zusammenarbeiten besonders bei Lohnbewegungen gefördert werden.

Die Generalversammlung machte sich den Standpunkt Wratkes zu eigen und nahm gegen 8 Stimmen eine von diesem eingebrachte Resolution an samt einem Zusatzantrag, daß die Vorstände die Frage umgehend in einer Konferenz behandeln, und, solange noch keine Verständigung über die Verschmelzung zustande kommt, eindringlich nach den Bestimmungen des Art. 2 der Hamburger Resolution (Verständigung und gemeinsames Vorgehen bei Lohnbewegungen) verfahren werden soll.

Außerhalb der Tagesordnung gelangte ein Telegramm einer Berliner Chemigrappenversammlung zur Verhandlung, des Inhalts, daß die Verschmelzungsteilnehmer gegen den neuen Chemigrappenarif protestieren und seine Nichtanerkennung in Aussicht stellen.

Die Generalversammlung gab sich mit der Erklärung des Bureaus und des Vorstandes einverstanden, daß der Tarif anzuerkennen und auch auf die im Verband als richtig angesehene Art und Weise zustande gekommen sei.

Die Beratung des Punktes Lehrlingsabteilung zeitigt den Beschluß, die Lehrlingsabteilung eifrig auszubauen und eine Lehrlingszentralkommission zu bilden, deren Vorsitzender in Angelegenheiten der Lehrlingsabteilung im Zentralvorstand Sitz und Stimme hat. Ferner soll baldigst eine Konferenz der tätigen Leiter der Lehrlingsabteilungen einberufen werden, die die Bildungsarbeit auf einheitlicher Grundlage aufbauen soll. Eine Reihe zur Lehrlingsorganisation gestellter Anträge wurden der zu bildenden Zentralkommission überwiesen, außerdem wurde ein Leitfadens für die sonstigen Arbeiten dieser Kommission angenommen.

Zum Punkt Volksfürsorge verpflichtete man sich ohne besondere Debatte zur eifriger Förderung dieser Volkswerkstätte.

Nachdem Leinen-Dresden über den letzten Gewerkschaftskongress, Sillier über den demnächst stattfindenden internationalen Lithographenkongress referiert, wurde beschlossen, daß die vier Gaue Bayern, Hamburg, Hannover, Berlin und Leipzig die Delegierten zum nächsten Gewerkschaftskongress stellen. Die Wahl überließ den Gaumitgliedern. Als Delegierte zum internationalen Kongress wurden Henning-Lepzig, Leinen-Dresden, Sidmann-Dresden gewählt.

Im Namen der Tiefdruckkommission berichtete Gsch. Berlin, die Kommission habe übereinstimmend festgestellt, daß der Chemigrappenarif den berechtigten Wünschen der Tiefdrucker nicht Rechnung trägt und die Chemigrappen ihre Rechte überschritten, als sie über die Köpfe der Tiefdrucker hinweg die in den Tarif einbezogen. Ebenfalls waren sie im Recht, als sie das Offizierverfahren in den Tarif einbezogen.

Die Kommission beantragte deshalb einen Beschluß, daß eine Sparte ohne vorherige Abmachungen mit den andern in Betracht kommenden Sparten keinen Tarif abschließen kann oder aber sich auf die eigene Sparte beschränken muß und ferner eine Zentralkommission der Tiefdrucker gebildet werden soll mit dem Sitz in Berlin. Die Generalversammlung beschloß demgemäß.

Gewerkschaftliches.

Der Herr Assistenzarzt und die Streikluft in Jentern!

Man schreibt uns: Unter den streikenden Arbeitern der Badischen Lederverwerke in Jentern befinden sich auch mehrere Kranke, die von dem stellvertretenden Assistenzarzt des Herrn Dr. Bergmann behandelt wurden. Die ärztliche Kunst dieses Herrn scheint Wunder zu wirken, denn er konnte die Kranken nach ganz kurzer Behandlung und fast auf einen und denselben Tag erwerbsfähig schreiben. Es würde uns freuen, das probate Mittel kennen zu lernen, das zu diesem raschen und für den Stellvertreter günstigen Resultat verholfen hat. Vielleicht können wir die Kranken Aufschluß geben.

Einer der Patienten war schon im Monat Juli bis 4. August und dann wiederum am 9. August an Rheumatismus neu erkrankt. Der Kranke mußte das Bett hüten, da sich bei ihm noch ein Brustleiden eingestellt hatte. Der Herr Assistenzarzt kam und nach einer wenig gründlichen Untersuchung stellte er die Diagnose: „Ach, das macht die Streikluft!“ Hierauf schrieb er noch ein Rezept und erklärte, daß der Kranke seine Arbeit aufnehmen könne, also erwerbsfähig sei. — Streikluft!

Ein anderer Fall: Bei diesem Kranken war der Herr Assistenzarzt zum zweitenmale zu Besuch. Nach der rasch erfolgten Untersuchung des Patienten bemerkte der Herr: „Wenn ich gewußte hätte, daß gestreift würde, hätte ich Sie gar nicht krank geschrieben!“ Dann erklärte er den Kranken als erwerbsfähig. — Streikluft!

Noch ein Fall: Der Kranke litt seit 7. August an Brechdurchfall und erhielt am 8. August von dem Herrn Assistenzarzt ein Mittel verordnet. Am 11. August kam der ärztliche Ratgeber wieder und nach einer sehr raschen Untersuchung erklärte er dem Patienten, er glaube daß sich dieser bloß „berstelt“. Bei der ersten Untersuchung hatte der Herr eine akute Darmerkrankung festgestellt und nach 3 Tagen wurde der Mann wieder erwerbsfähig geschrieben. — Streikluft!

Noch ein weiterer Fall: Bei diesem Kranken war der Herr zum ersten Male zu Besuch. Die erste Frage lautete: „Wo fehlt Ihnen?“ Der Kranke klagte über Schmerzen im Kreuz und in den Hüften. Darauf gab der ärztliche Ratgeber die Antwort: „Das habe ich mir vorher schon gedacht!“ Alsdann untersuchte er den Kranken und bezordnete die Einfindung seines Urins zur Untersuchung und wenn er darin nichts finde, so könne er ihn nicht krank schreiben. Der Patient erklärte, daß er sich nicht verstelle, er sei bis jetzt nur fünf Tage krank gewesen und daß er seit 14 Jahren in den Bad. Lederverwerken arbeite. „Da sind Sie die Arbeit auch gewohnt!“ antwortete der Herr Assistenzarzt. Auf weitere ärztliche Hilfe von dieser Seite leistete der Kranke freiwillig Verzicht. — Streikluft!

Wir wollen es mit den angeführten Fällen genug sein lassen. Sie bilden in Jentern das Tagesgespräch und sehr viele Einwohner fragen sich, ob der Herr Assistenzarzt die Kranken auf Grund seiner wissenschaftlichen Erkenntnis beurteilt hat, oder im Interesse der betreffenden Badischen Lederverwerke. Wir schließen uns diesen Zweifeln an und haben die Ueberzeugung gewonnen, daß der Stellvertreter des Herrn Dr. Bergmann unter den Arbeitern in Jentern an Vertrauen nicht viel gewonnen hat.

Die Wiederaufnahme der Arbeit auf den Hamburger Werften. In stark besuchten Versammlungen erklärten die streikenden Werftarbeiter ihr Einverständnis mit den Beschlüssen der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes sich bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es wurde ein Beschluß angenommen, wonach sämtliche im Schiffsbau beschäftigten Arbeiter sich am Freitag und Samstag beim Arbeitsnachweis der Metallindustriellen melden sollten.

Die Vorstände haben beschlossen, daß nur die Schiffsbauer den Arbeitsnachweis der Metallindustriellen benutzen sollen, wegen der Einstellung der anderen Arbeiter soll mit den Werften verhandelt werden. In einem zweiten angenommenen Resolution sprachen die Streikenden ihr Bedauern darüber aus, daß sie durch den Spruch der Generalversammlung gezwungen wurden, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Die Versammelten wiesen die gehässigen Angriffe Schüdes mit Entrüstung zurück und gelobten, auch in Zukunft für die Organisation zu wirken, wie sie es bisher getan haben.

Zur Arbeitsaufnahme auf den Hamburger Werften wird uns noch aus Hamburg geschrieben:

Fünf Wochen fanden die Hamburger Werftarbeiter im Streik bei mangelhafter Unterstützung und mehrere Wochen in der Ungezelligkeit, ob sie überhaupt die volle Unterstützung bekommen würden. So geschlossen wie sie im Kampfe standen, so geschlossen nahmen sie die Arbeit wieder auf, nachdem die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegen sie entschieden hat. Wohl sind in den Betrieben einige Leute stehen geblieben, die von Anfang nicht mitgezählt wurden. Aber von den Streikenden, von den etwa 16-17 000 Mann, ist in den fünf Wochen keiner zum Streikbrecher geworden.

Die Versammlungen am Donnerstag in Hamburg-Altona waren von über 10 000 Werftarbeitern besucht. In den Versammlungen kam allgemein die Ansicht zum Ausdruck: Das Votum der Generalversammlung müsse auch für die Hamburger Werftarbeiter gelten, so sehr sie diese Entscheidung auch bedauerten. Es sei die schwerste Schädigung der Organisation und der Interessen der Werftarbeiter, jetzt die Organisation zu verlassen. Alle Redner schlossen sich der Mahnung zur Geschlossenheit an. Stürmisch wurden die Versammlungen teilweise, als bekannt wurde, daß die Metallindustriellen melden sollten. Es sollen aber alle zum alten Lohn bei derselben Arbeit wieder eingestellt werden, Maßregelungen sollen nicht erfolgen. Eindringlich warnten die Streikleiter, am Arbeitsnachweis jeden Zusammenstoß mit der Polizei zu vermeiden. Gewissen Scharfmachern sei ein Blutsbad gerade recht.

Die übrigen Gewerkschaften, die sich dieser Entscheidung zweifellos anschließen werden, tagen am Freitag und Samstag. Die Holzarbeiter hatten schon beschlossen, sich nach der Entscheidung der Metallarbeiter zu richten. Die syndikalistischen Querstreiber wollen im Trüben fischen. Fräz. Stater-Berlin hielt eine überfüllte Versammlung ab. Er behandelte den Werftarbeiterstreik recht vorsichtig, mahnte sogar vor vorzeitigen Uebergriffen zu seiner Organisation (weil er für seine Handvoll Leute ohnehin kein Geld hat) und bewachte sich dagegen, daß die Syndikalisten die Spänen des industriellen Schlachtfeldes seien. Wie wenig die syndikalistischen Abrufen Boden fanden, zeigte der starke Beifall, den der Werftarbeiter Peterien fand, als er sich gegen Staters Ausführungen wandte. In die Versammlungen der Streikenden gelangten denn auch die syndikalistischen Streifen nicht hinüber. Nach dem Verlauf dieser Versammlungen ist so gut wie sicher, daß die Organisation in Hamburg-Altona keinen nennenswerten Mitgliederverlust erleiden werde.

Mit der Vermittlung beim Arbeitsnachweis wurde bereits begonnen. Trotz der Teilung nach Berufsgruppen standen doch am Freitag morgen mehr als 1000 Mann vor dem Arbeitsnachweis. Daß der Disziplin der Arbeiter ist es bisher zu irgend welchen Zwischenfällen nicht gekommen.

Krankenkassentag in Breslau.

(Eigener Bericht.) Breslau, 18. August.

Zweiter Verhandlungstag.

Der Vorsitzende des deutschen Krankenkassenverbandes, Frähdorf, eröffnete kurz nach 9 Uhr die Verhandlungen. Der Vorsitzende der Ortskrankenkasse Breslau begrüßte die Vertreter mit einer kurzen Ansprache und einem herzlichen Willkommen. Hierauf ergriß Frähdorf das Wort und begrüßte die erschienenen Delegierten, die sich außerordentlich zahlreich eingefunden haben. Es sind erschienen Herr Stadtrat Martz, Prof. Gönner-Berlin vom Deutschen Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke, Vertreter der Zentralkrankenkasse Österreich-Ungarns und Dänemarks. Bedauerlicherweise muß festgestellt werden, daß von der deutschen Reichsbehörde keine Vertretung da ist. Weiter führte Frähdorf aus, daß für die Vertreter der Krankenkasse für die nächsten Jahre eine große Arbeitslast bevorsteht; er hoffe aber, daß diese Arbeit zum Wohle der Versicherten erledigt wird. Zunächst werde der Verband eine Austarifierung errichten. Es wurde im verlaufenen Jahre für die Verbände und Krankenkassen Musterstatuten und Musterverträge ausgearbeitet und ausgegeben. Die Ortskrankenkassen im deutschen Krankenkassenverband denken sich die Durchführung der Reichsversicherungsordnung anders wie an gewissen Stellen angenommen wird. Es ist eine Freude konstatieren zu können, daß alle Vertreter der bei uns vereinigten Kassen, gleich welcher Anschauungen dieselben sind, in Einigkeit zusammenarbeiten. Das kann man von gewisser Seite nicht sehen und hat einen andern Verband gegründet. Doch kann festgestellt werden, daß nahezu alle deutschen Ortskrankenkassen von Bedeutung dem Verbande angehören. Zita 5 Millionen Mitglieder sind bei den angeschlossenen Kassen versichert. Die Entwicklung des Verbandes ist trotz aller Anfeindungen und Verhinderungen eine außerordentlich günstige gewesen. Vor 20 Jahren wurde der Verband in Frankfurt a. M. von einer kleinen Schar von Kassenvertretern gegründet, um die Ortskrankenkassen zur besseren Erfüllung ihrer Tätigkeit anzuregen, und um die gemachten Erfahrungen in Versammlungen und Berichten auszutauschen. Jeßn Jahre lang war die Leipziger Ortskrankenkasse mit der Geschäftsführung des Verbandes betraut, vor 10 Jahren — in Breslau — legten die Leipziger Vertreter das Amt nieder und die Ortskrankenkasse zu Dresden wurde geschäftsführende Kasse, unter deren Leitung der Verband eine schnelle Entwicklung nahm. Im Jahre 1911 beschloß der Verband, die Rechte der Kassenvertreter zu erwerben, und im Dezember 1911 wurde der „Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen“ vom Amtsgericht Dresden als eingetragener Verein im Vereinsregister vermerkt. Außerst aktuelle Fragen werden auf unserer diesjährigen Tagung behandelt, was schon aus der reichhaltigen Tagesordnung hervorgeht. Die Aufgaben der Kassen werden immer größer und schwieriger. Darum wird es nötig sein, daß sich die Kassen erst recht zu Verbänden zusammenschließen. Je besser wir uns zusammenschließen, desto leichter wird es uns werden, die bevorstehende Arbeit im Krankenkassenwesen zu leisten im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt. In diesem Sinne hieß Frähdorf die Delegierten herzlich willkommen.

Prof. Gönner-Berlin gibt eine kurze Anschauung über die Entwicklung der Rinkerfürsorge, aber auch über die schädlichen Wirkungen des Mißbrauchs geistiger Getränke. Der Vertreter der Zentralkrankenkassen Österreichs betont, daß in Österreich überall da, wo bei uns in Deutschland Schäden bestehen im Versicherungswesen, dieselben in erhöhtem Maße vorhanden sind. Wir hätten jedoch in Deutschland die Gelegenheit, an diese Schäden die helfende Hand anzulegen; das fehlt in Österreich. — Daniel-Rosenbogen dankt ebenfalls für die Einladung und wünscht den Verhandlungen besten Erfolg. — Als Kasse, welche die Belege und Rechnungen prüft, wurde die Krankenkasse Breslau bestimmt. — Den Bericht der geschäftsführenden Kasse gibt Verbandsdirektor Gessle, aus dessen Ausführungen hervorgeht, daß der Verband sich weiter vorwärts entwickelte. — Ueber Wohnungsfrage und Krankenversicherung referierte Herr Dr. jur. Joh. Altmann-Charlottenburg. Die drei Hauptfragen, betonte der Redner, sind die Befriedelung der Städte, Ausgaben der Bodenpreise und Ausgabe für Miete. Diese drei Fragen haben so nahe Beziehungen zu einander, daß sie garnicht als einzelne Punkte in Betracht gezogen werden dürfen. Weitgehende Verbesserungen werden jedoch nur Platz greifen, wenn durch Reichsgesetz in die Wohnungsfrage besser eingegriffen wird. Die Baugenossenschaften bringen wohl für ganz kleine Kreise geringe Verbesserungen; grundlegend können dieselben nicht bessern. Mit dem heute Gebotenen in der Wohnungsreform kann nicht viel gegen diese Hauptursache der Krankheitserreger unternommen werden.

Herr Albert Schöen-Berlin gerpflückt den Geschenktwurf zur Wohnungsfrage und betont, daß derselbe nicht den berechtigten Wünschen entspricht.

Die nachfolgende Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen:

Die Hauptversammlung lenkt erneut das Augenmerk der Krankenkassen auf die Wohnungsfrage. Auch heute schon können sich die Krankenkassen an dem Kampfe um die geungh

Wohnung beteiligen. Insbesondere sollen sie ihre Kontrollbeamten anweisen, die Wohnungen der Kranken zu beobachten und über ihre Mängel den Vorständen zu berichten, damit diese die für die Abhilfe erforderlichen Schritte unternehmen können.

Ueber „Neue Wegener“ der Sozialversicherung“ referiert Herr Rudolf Wissell-Berlin. Wir haben von jeder Wegener der Zwangsversicherung geholt, die sich in zwei Abteilungen teilt. In solche, die aus finanziellen Gründen dagegen sind und solche, welche grundsätzliche Gegner sind. Redner führt eine ganze Reihe Zitate aus Zeitungen an, welche sich in der schärfsten und sehr oft den Arbeitern oder deren Hinterbliebenen gegenüber, unverschämten Weise äußerten. Herr Wissell gibt in seinen weiteren Ausführungen ein Bild der Wohlthaten der Arbeiterversicherung, die aber trotzdem noch vieler Verbesserungen bedürfte. Es muß auf die Gesetzgebung eingewirkt werden, daß die Arbeiterversicherungsgesetze noch viel weiter ausgebaut werden, wie sie es heute sind. Das Lösungswort sei: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

Herr Justizrat Dr. Maier-Frankental unterstützte die Ausführungen des Referenten und betonte dabei, daß die Ausgaben der Industrie für soziale Versicherung wieder auf den verschiedenen Wegen in die Industrie zurückgefließen sind.

Herr Graf-Frankfurt unterstützte die Ausführungen des Referenten und gibt einige ergänzende Ausführungen.

Es wird alsdann nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen, e. V., erkennt den großen Wert an, den die deutsche Arbeiterversicherung mit der Gebung der Volksgesundheit für das deutsche Wirtschaftsleben geleistet hat. Die auf dem Gebiete der Hygiene, besonders von den Krankenkassen gegebenen Anregungen und Maßnahmen für Haus und Werkstatt haben nicht nur die Versicherten, sondern vielfach auch deren Angehörige in den Kreis der Fürsorge gezogen. Sie haben die ganze hygienische Kultur des deutschen Volkes auf ein wesentlich höheres Niveau gebracht. Die einzelnen Zweige der Arbeiterversicherung sind heute zu Hauptstützpunkten aller auf Gebung der Volkshygiene gerichteten Bestrebungen geworden. Die Arbeiterversicherung hat immer mehr zu der Erkenntnis geführt, daß die Heilung der zumeist durch das Wirtschaftsleben geschlagenen Wunden und die Vorbeugung dieser Schäden keine die Arbeiterschaft allein angehende Angelegenheit, sondern Aufgabe und Angelegenheit der Gesamtheit ist.

Da mit der Entwicklung unseres Wirtschaftslebens immer höhere Ansprüche an die Leistungsfähigkeit des Einzelnen gestellt werden und vielfach ein Mindermaß zwischen den geistigen Bedürfnissen und ihrer Befriedigungsmöglichkeiten schafft, erscheint die Pflege der geistigen und körperlichen Gesundheit des Volkes als eine der wichtigsten Aufgaben, für die die Weiterentwicklung der Arbeiterversicherung ein unabweisbares Erfordernis ist. Die Lasten der Arbeiterversicherung stellen sich als notwendige und reproduktive, sich sehr lohnende Speise unserer Volkswirtschaft dar. Die in neuerer Zeit hervorgetretenen Verluste, bereinigte unangenehme Erscheinungen des Volkslebens der Arbeiterversicherung zur Last zu legen und dieser selbst moralisch und hygienisch unerwünschte Folgen derart anzudichten, daß die gegenständlichen Wirkungen der Sozialpolitik in Frage gestellt seien, sind überheblichen schimmiger Art, und lediglich auf Voreingenommenheit oder mangelnde Objektivität zurückzuführen. Sie werden die Wertschätzung der Krankenkassen nicht davon abhalten, freudig ihre Mitarbeit für den weiteren Ausbau der Versicherung bereitzustellen.

Nächste Sitzung Dienstag, vormittags 9 Uhr.

Die Landesversicherungsanstalt Baden im Jahre 1912. (Schluß.)

Die Heilbehandlung

Hat bei der Landesversicherungsanstalt Baden von jeder besondere Aufmerksamkeit gefunden, so auch wieder im Jahre 1912. Die Zahl der behandelten oder vorbeobachteten Kranken hat sich auf 9372 erhöht gegen 7806 im Vorjahre, die Vermehrung beträgt also 1566. Neu erhoben wurden im Berichtsjahre 8783 Heilbehandlungsgesuche gegen 7161 im Jahre 1911, wirkliche Behandlungen haben erfahren 8988 gegen 7412 im Vorjahre, mithin Vermehrung 1576. Lediglich zur Beobachtung und Begutachtung ohne nachfolgendes Heilverfahren kam es bei 884 Versicherten. Unter den behandelten Personen befanden sich 8409 Lungentuberkulose, sonstige Kranke 5579.

Von den behandelten bzw. beobachteten Versicherten gehörte mehr als die Hälfte, 54 Prozent, dem weiblichen Geschlecht an; unter den Lungentuberkulösen waren 43,95 Prozent und unter den andern Kranken 67,06 Prozent weibliche Personen. Der große Anteil der weiblichen Kranken rührt hauptsächlich von der Inanspruchnahme künstlicher Gebisse her.

Weitens die größte Zahl der behandelten Kranken gehörte den besten Lebensjahren an. Auf die Altersgruppe von 16—39 Jahren entfallen 7187 = 76,16 Prozent aller Behandelten und unter den Lungentuberkulösen 8306 = 87,16 Prozent. Nach Berufen geschieht, überwiegend unter den Behandelten die Angehörigen der Industrie, nämlich 6200 = 66,16 Prozent, unter den Tuberkulösen gehörten 70,23 Prozent der Industrie an. Ein Beweis dafür, welch ungeheure Opfer an Gesundheit die Industrie erfordert. Daß die Landesversicherungsanstalt Baden bemüht ist, so irgend möglich, diese Opfer dem Wüstengetriebe Tuberkulose zu entreißen, ihnen Gesundheit und Arbeitskraft zurückzugeben, verdient alle Anerkennung.

Die Behandelten rekrutieren sich aus allen Bezirken des Landes. Besonders stark sind die Bezirke mit größeren Städten vertreten, so stellte der Bezirk Mannheim 2219, Heidelberg 468, Karlsruhe 987, Pforzheim 842 und Freiburg 617 behandelte Personen.

Der Vollzug des Heilverfahrens erfolgte 1912 für 9409 Versicherte in Lungenheilstätten, für 250 in Kliniken, medicomechanischen Instituten, Krankenhäusern, Genußanstalten und Linderheilstätten, für 479 im Landesbad zu Baden, für 1061 Versicherte im Soolbad Dürheim, Rappenaau und andern Bädern. Das unabhängige Heilverfahren wurde 4167 Versicherten gewährt, darunter befinden sich 3770 Fälle, in denen künstliche Gebisse, Gebisse usw. gewährt wurden.

Die Dauer der Heilbehandlung erstreckte sich auf insgesamt 282 238 Pflegetage, sie betrug bei Lungentuberkulösen durchschnittlich 62,44 Tage, bei andern Kranken im Durchschnitt 38,35 Tage.

Der Aufwand für die Heilbehandlung im Berichtsjahre betrug 1 558 750 M., davon wurden erst 412 600 M., so daß der Reinaufwand 1 146 150 M. betrug, in welcher steigender Weise die Landesversicherungsanstalt Baden der Heilbehandlung ihre Aufmerksamkeit zugewendet hat, erhellt aus der Tatsache, daß der Aufwand dafür von 639 120 M. im Jahre 1901 sich auf jetzt 1 558 750 M., also um weit mehr als das Doppelte, gesteigert hat und daß gegenüber dem Vorjahre die Steigerung sich auf 141 996 M. beziffert. Das ständige Heilverfahren erforderte 1 440 165 M., das unabhängige Heilverfahren 108 585 M. Von dem 1 146 150 M. betragenden Reinaufwand für Heilverfahren entfallen auf Pflegetage

880 741 M., auf Hausgeld (Unterstützung des Angehörigen) 85 936 M., auf Mehrleistungen 45 162 M., auf Ledigengeld 6802 M. Die Kosten für einen Lungentuberkulösen betragen pro Tag 5,25 M., für einen andern Kranken 4,57 M.

Der Bericht erwähnt, daß seit November 1911 die Bierabgabe am Abend (1/2 Liter) aufgehoben und durch Vinomade ersetzt wurde. Dadurch ergab sich in den drei Lungenheilstätten Friedrichsheim, Luitensheim und Nordrach-Kolonie eine Ersparnis von 2500 M. Je nach dem Zustande der Kranken und soweit Arbeitsgelegenheit vorhanden war, wurde auch die Beschäftigung der Patienten, aber ohne Zwang, durchgeführt. Für die Stunde Arbeitszeit wurde dafür eine Vergütung von 10 Pf. gewährt. Wir halten diese Einrichtung für durchaus zweckmäßig, sie dürfte nicht nur dem Heilverfahren in manchen Fällen förderlich sein, sondern darüber hinaus der Entfremdung des Kranken von der Arbeit und dem damit nach der Entlassung bei der Wiederaufnahme der Arbeit vielfach sich zeigenden Nachteilen wenigstens in etwas vorbeugen.

Bezüglich der Mehrleistungen, welche Erhöhungen des geschätzten Hausgeldes sind, wird erwähnt, daß sie meist solchen Familien gewährt wurden, denen ein niederes Krankengeld zufließt und die im Verhältnis eine große Familiengröße hatten. In bezug auf die Mehrleistungen wäre u. E. zu erwägen, ob nicht eine etwas größere Freigebigkeit am Platze wäre. Ungenügende Unterstützung der Familie gefährdet nicht nur den Erfolg des Heilverfahrens bei den Patienten, sie kann unter Umständen den Keim zur Schwindsucht legen bei den Angehörigen des Patienten. Und das sollte unter allen Umständen zu vermeiden sein.

Was die Beendigung und den Erfolg der Heilbehandlung anbelangt, so erfahren wir aus dem Bericht, daß im Jahre 1912 das Heilverfahren beendet wurde bei 8720 oder 93,04 Prozent der Kranken und daß über den Jahreswechsel 652 Kranke in Pflege blieben. Die Beendigung erfolgte für 3193 Lungentuberkulose und für 5527 sonstige Kranke. Die Heilbehandlung war im Berichtsjahre von vollem Erfolg für 2503 = 60,87 Prozent, zum teilweisen Erfolg für 1296 = 31,49 Prozent, ohne Erfolg für 307 = 7,47 Prozent, durch Tod wurde sie beendet in 7 Fällen = 0,17 Prozent.

Wiederholungen der Heilverfahren wurde 448 Lungentuberkulösen und 452 sonstigen Kranken gewährt. Bei 428 Kranken wurde damit ein voller, bei 207 ein teilweiser Erfolg erzielt, bei 72 wurde kein Erfolg erzielt und bei 100 wurde die Heilbehandlung nach kurzer Beobachtung abgebrochen. Der Erfolg dieser wiederholten Heilverfahren kann im Allgemeinen befriedigend sein. Wenn in beachtensmäßig vielen Fällen kein Erfolg erzielt werden konnte, so dürfte dies in manchem Fall dem Verhalten der Kranken nach Beendigung des ersten Heilverfahrens zuzuschreiben sein.

In eingehender Weise wird über die verschiedenen Heilstätten und deren Einrichtung berichtet. Wir müssen es uns im Hinblick auf den uns zur Verfügung stehenden Raum versagen, darauf näher einzugehen. Was den Wert der Heilstättenverhältnisse anbelangt, so weist der Bericht darauf hin, daß die Anschauungen darüber in ärztlichen Kreisen auseinandergehen. Jedenfalls aber, so heißt es, werden die Versicherungsanstalten daran festhalten dürfen, daß die Heilstätten zwar kein unfehlbares, wohl aber das zurzeit beste Mittel zur Behandlung von Lungentuberkulösen sind und auch im Falle der Auffindung spezifischer Heilmittel zu deren sicheren und erfolgreichen Anwendung unentbehrlich sein werden. Angesichts der Erfolge des Heilstättenverfahrens kann man sich dem nur anschließen. Daß auch in den Kreisen der Kranken die Ansichten über das Heilstättenverfahren geteilt sind, dürfte zum guten Teil auf Vorurteile zurückzuführen sein, die besser vermieden werden. Klagen über die Behandlung, über Unordentlichkeiten bei der Zubereitung der Speisen sind ja schon öfters in der Arbeiterpresse laut geworden. Nicht immer waren sie berechtigt, hin und wieder aber doch. Nicht umsonst mußte im Laufe des Berichtsjahres ein Wechsel in der Person des Küchenchefs im Friedrichsheim vorgenommen werden. Im übrigen darf man überzeugt sein, daß sowohl die Landesversicherungsanstalt wie die Leitungen der einzelnen Heilstätten den Willen haben, alle Unzulänglichkeiten zu vermeiden.

Ueber das Rechnungswesen und den Vermögensstand erfahren wir aus dem Bericht, daß die Reineinnahmen im Jahre 1912 sich auf insgesamt 11 802 788 M. bezifferten, darunter aus Beiträgen 8 608 467 M., aus Zinsen 2 107 980 M., aus Rücklagen 117 412 M., aus Steuern 500 M., sonstigen 298 889 M., Kassenvortrag vom Vorjahre 671 538 M. Die Ausgaben betragen für Renten 3 996 869 M., für einmalige Leistungen 26 808 M., für Heilverfahren und Mehrleistungen 1 146 150 M., für Verwaltung, Schiedsgerichte, Einzug und Kontrolle 886 053 M., Kapitalanlage 5 600 511 M., Kassenvortrag für das folgende Jahr 356 905 M.

Mit Genehmigung des Landesversicherungsausschusses wurden bis Ende 1912 9 002 850 M. wie folgt angelegt: in dem Dienstgebäude der Versicherungsanstalt 523 418 M., im Friedrichsheim 1 694 407 M., im Luitensheim 1 305 900 M., in Nordrach-Kolonie 484 630 M., im Karlsrührer Geschlechtsheim 184 000 M., für ein Genußheim der Freiburger Ortskrankenkasse 160 000 M., in Darlehen auf städtische Wohngebäude 1 800 000 M., in Darlehen an Stiftungen, Genossenschaften usw. zur Beschaffung von Arbeiterwohnungen 1 150 000 M., in Darlehen an Versicherte zum Bau oder Ankauf von Arbeiterwohngebäuden 1 800 000 M., Darlehen an den Krankentassenverband Karlsruhe für ein Verwaltungsgelände 450 000 M.

Der gesamte Vermögensstand der Landesversicherungsanstalt Baden belief sich am Ende des Jahres 1912 auf 88 264 774 M., darunter 88 938 250 M. Kapitalanlagen. Gegenüber dem Vorjahre betrug die Vermehrung des Vermögensbestandes nahezu 5 Millionen Mark. Stellt man dem die Ausgaben für Renten mit 3 996 000 M. gegenüber, so wird man der Ansicht zuneigen, daß eine Erhöhung der Leistungen der Versicherung durchaus im Bereich der Möglichkeit läge. Das Vermögen der Versicherung wächst millionenweise und die Inzinsen usw. Rentner haben nicht fast zu essen. In dem Bild können wir und viele andere keinen Gefallen finden.

Die Förderung des Baues von Arbeiterwohnungen

Läßt die Landesversicherungsanstalt Baden sich in anerkannter Weise anlegen sein. In Vereine für Arbeiterwohnungen sind nicht weniger als 3 837 105 M. ausgegeben, an Versicherte 15 898 895 M., an Arbeitgeber 15 000 M. Nach der prozentualen Vermögensverwendung steht die Landesversicherungsanstalt Baden auf diesem Gebiete an zweiter Stelle unter den Versicherungsanstalten. Versicherte erhalten Darlehen zum Bau, Ankauf oder Entlassung von in Baden gelegenen Arbeiterwohngebäuden unter der Bedingung, daß diese Gebäude von ihnen selbst bewohnt werden und nicht mehr als drei Wohnungen in Stock- und Dachraum enthalten. Bezüglich der Höhe der Beileihung hat der Ausschuss im Oktober 1912 beschlossen: Darlehen an Versicherte zur Beschaffung von Wohnhäusern können allgemein bis zum Schätzwert von 10 000 M. in Höhe von 70 Prozent der Schätzung zu einem Zinsfuß von 3 1/2 Prozent gegeben werden. In Städten können auch solche Häuser, welche bis 20 000 Mark geschätzt sind, bis zu 60 Proz. befristet werden, in anderen Gemeinden bis zu 50 Proz. Der 7000 M. übersteigende Betrag derartiger Darlehen soll mit 4 Proz. verzinst werden. Die Mietwohnungen solcher Gebäude dürfen jedoch nur an Versicherte vermietet werden. Ausnahmen können von der Versicherungsanstalt in dringenden Fällen bewilligt werden.

Die Versicherungsanstalt wird in Zukunft noch mehr als bisher Gelegenheit zur Betätigung auf diesem Gebiete haben. Die Fortschritte der Gartenstadtbewegung usw. werden hoffentlich auch bei der Versicherungsanstalt verständnisvoll verfolgt und allen derartigen Bestrebungen kraftig Förderung zuteil werden.

Alles in allem: die Landesversicherungsanstalt Baden hat des Gutes manches geleistet auf all den Gebieten, die ihr zugewiesen sind. Wenn trotzdem in den Kreisen der Versicherten keine Zufriedenheit mit den Leistungen der Versicherungsanstalt, sondern der Forderung zuteil werden müssen. Diese Forderung ist nach mehr wie einer Richtung verbesserungsbedürftig. Daß die nötigen Reformen zur Durchführung kommen, das muß die Sorge der Arbeiterschaft sein, deren Erlittens mit der Gestaltung des Versicherungswesens eng verbunden ist und die darum allen Anlaß hat, den Vorgängen, die auf diesem Gebiete sich abspielen, künftig mehr Interesse entgegenzubringen, als dies bis lang der Fall war.

Neues vom Tage.

Unfallfälle beim Militär.

Strasbourg i. El., 19. Aug. Zwei tödliche Unfälle haben sich auf dem Truppenübungsplatz Bisch ereignet. Ein Kanonier des vollstufte auf dem Truppenübungsplatz untergebrachten Feld-Artillerie-Regiments Nr. 70 stürzte so unglücklich vom Pferde, daß er einen Schädelbruch erlitt und bald darauf verstarb. — Beim Geschichtsschießen wurde ein Mann des in Saarbrücken stehenden Infanterie-Regiments Nr. 70 durch einen Schuß in den Rücken getroffen und getötet.

Juni-Brand, 19. Aug. Bei den Manövern des 14. Armeekorps in der Pala-Gruppe in Südtirol stürzte gestern eine aus einem Unteroffizier und zwei Kaiserjägern bestehende Patrouille ab. Alle drei waren sofort tot.

Rom Schlachtfeld der Arbeit.

Düsseldorf, 19. Aug. Heute nachmittag kurz nach 5 Uhr stürzte beim Neubau einer Reilbahn eine Arbeiterband ein. 5 Arbeiter wurden schwer und 2 leichter verletzt. Einer ist seinen Verletzungen erlegen. Die Ursache des Einsturzes ist noch nicht festgestellt.

Dortmund, 19. Aug. Auf dem Güterbahnhof von Eving im Kreis Dortmund wurden der Rangiermeister Wegener und der Rangierführer Fuchtschneider beim Verlassen ihres Aufenthaltsraumes, der dicht am Gleis stand, von einem aus Dortmund kommenden Zuge erfasst und etwa hundert Meter weit geschleift. Beide wurden schrecklich verstimmt unter dem Zuge hervorgezogen.

Mordanschlag.

Guben, 19. Aug. Auf den Rechtsanwalt Dr. Wehl in Guben ist heute nachmittag in seinem Bureau ein Mordanschlag verübt worden. Der frühere Braumeister Paul Sidör aus Guben konsultierte den Rechtsanwalt in einer Prozesssache und gab im Verlaufe der Unterredung 3 Schüsse auf den Anwalt ab, der am Kopf und am rechten Arm schwer verletzt wurde. Gleich darauf erschoss sich Sidör selbst.

Selbstmord.

Helm, 19. Aug. Der Fährich Müller von der Fährschleuse Engers hatte sich gestern ohne Urlaub aus Engers entfernt. Es wurde festgestellt, daß er sich eine Fahrkarte nach Berlin gekauft hatte. Auf Veranlassung des Kriegsschul-Kommandanten wurde er auf der Station Weibung von einem Polizei-Kommissar verhaftet und nach Engers zurückgebracht. Beim Aussteigen aus dem Zuge schoß sich der Fährich auf dem Trittbret eine Kugel in den Kopf und war sofort tot. Die Ursache zu der Tat liegt in dem finanziellen Zusammenbruch der Eltern Müllers.

Von einem Löwen tödlich verletzt.

Leipzig, 19. Aug. Hier traf heute die Nachricht ein, daß der junge Geologe, Geistesforscher Dr. Karl Bed auf einer Forschungsreise im Innern Afrikas von einem Löwen angefallen und so schwer verletzt worden ist, daß er bald darauf seinen Wunden erlag.

Hochwasser-Nachrichten.

Dreslau, 19. Aug. In Schlesien gehen seit Freitag ununterbrochen gewaltige Regengüsse nieder. Infolgedessen ist großes Hochwasser zu erwarten. Die Oder ist um 4, die Neisse um zwei Meter gestiegen. Die Weistritz ist über die Ufer getreten und führt Balken, Bretter usw. mit sich. Durch das Hochwasser wurde u. a. der Bau einer Talferre unter Wasser gesetzt und ein bereits geschaffener künstlicher Lauf des neuen Fließbettes ist zerstört. In Schneidwitz hat die Weistritz einen Teil der Unterstadt überschwemmt und eine Brücke zerstört. In Oberschlesien hat das Hochwasser der Kleinen Wäde verschiedene Dämme unterspült und Anstöße unter Wasser gesetzt. Die Ernte erleidet durch das Regenwetter schweren Schaden.

Wien, 19. Aug. Aus allen Gegenden der Monarchie, besonders aus Süd- und Ost- und West- und Nördlichen, Hochwasser-Meldungen ein. Die Umgebung von Königsbrunn, Königs- und Josefstadt ist weitest überschwemmt. Viele Dörfer sind unter Wasser gesetzt. Die Nordwestbahn hat ihren Betrieb eingestellt. Bei Leuberg hat das Hochwasser ebenfalls Schaden angerichtet.

Einrichtung.

Königsberg, 19. Aug. Der Raubmörder Ernst Wichter, der am 23. September v. J. den Fleischermeister und Viehhändler Gendruschkeit beraubte und ermordete, ist heute morgen auf dem Hofe des Gerichtsgefängnisses zu Königsberg hingerichtet worden.

Polizeifandal.

Paris, 16. Aug. Hier herrscht große Enttäuschung über einen Polizeifandal. Ein Vorfall, der anfänglich lebhaft abgelehnt wurde, scheint wahr zu sein. In der Rue St. Honoré hat ein Polizist, der mit der Bewachung des Eiffelturms beauftragt war, die Stille der Nacht dazu benützt, um in einen Laden einzudringen und wertvolle Sachen zu rauben. Das Uebel scheint allgemeiner zu sein, als man annahm. Die Presse ist sehr entrüstet. Der „Matin“ erklärt in einem Artikel, daß man die schändlichen Mißstände vermutlich schon lange berichtigt habe. Die „Gazette“ und der „Eclair“ fordern eine energische Säuberung. Das Mißtrauen gegen die Polizei ist so weit gestiegen, daß in den Prozessen auf die Aussagen der Polizisten verzichtet wird. Polizeipräsident Junion, der neu im Amte ist, kann für diese Mißstände nicht verantwortlich gemacht werden.

Sturmfluten.

London, 18. Aug. In Hongkong sind Nachrichten aus Macao über einen Taifun eingelaufen, der ungeheuren Schaden angerichtet hat. Braha Grande wurde unter Wasser gesetzt und große Teile des Deichs auf einem kürzlich erst dem Meere abgerungenen Land in der Nähe des Varraforts eingebrückt. Mehrere Käufer im Taxafeito-Distrikt stürzten ein, wobei viele Bewohner getötet wurden. Zahlreiche Schifften sanken im Hafen von Macao. Die Flottille der Fischerei-Schifften im Hafen von Macao wurde vollständig zerstört. Ueber 150 Personen sind ertrunken.

Schwere Dynamitexplosion.

Mexiko, 19. Aug. Eine Dynamitexplosion in dem Orte Tzucubana zerstörte alle Gebäude im weiten Umkreis. Sie wurde dadurch hervorgerufen, daß ein Straßenbahnwagen mit einem mit Dynamit beladenen Wagen zusammenstieß. Dabei wurden über 100 Personen, meist Frauen und Kinder, getötet oder verletzt. Es wurden bereits 35 Leichen geborgen. Duzende von Verletzten liegen in den Straßen umher.

Schluss Samstag, 23. August.

Auf nicht reduzierte Artikel
10-20% Rabatt!
Auf Resten 33 1/3 Prozent Rabatt.

Große Gelegenheitskäufe

in Damenkleider- und Kostümstoffen, Herrenstoffen, Waschstoffen, Blusen, Unterröcken, Schürzen, Weisswaren, Teppichen, Gardinen.

W. Boländer Kaiserstrasse 121.

Zentralverband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Todes-Anzeige.

Allen Kollegen und Freunden die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Ludwig Tropsch

in der Brauerei Köpfer im Alter von 47 Jahren durch Unglücksfall plötzlich verschieden ist.

Ehre seinem Andenken! 2829

Die Beerdigung findet morgen Donnerstag abend 1/2 6 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.

Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Karlsruhe, den 20. August 1913.

Der Vorstand.

Stadtgarten.

Wittwoch, den 20. August 1913, abends 8 Uhr,

Militär-Konzert

mit billigen Eintrittspreisen

ausgeführt von der Kapelle des

Feld-Artillerie-Regiments „Großherzog“ (1. Bad.) Nr. 14.

Leitung: Königl. Musikmeister K. Granzau.

Eintritt:

Inhaber von Stadtgarten-Jahreskarten und von

Kartenheften 10 Pfg.

Sonstige Personen 20 Pfg.

Programm 10 Pfennig. 2828

Die Musikabonnementskarten haben Gültigkeit.

Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

Arbeiter-Gesangverein „Freundschaft“

Rüppurr.

Am Sonntag, den 24. August d. J., findet im „Bahnhof-Hotel“ (Festhalle) in Rüppurr unser auf's Beste vorbereitete 2825

Garten-Fest

verbunden mit Preisstichen, Preisregeln usw. statt, wozu Brudervereine, sowie Freunde und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen sind.

NB. Das Fest findet bei jeder Witterung statt.

Bekanntmachung.

Die Verteilung des Zinsertrages aus der Kaiser-Hed-Stiftung betreffend.

Das Zinserträgnis der Kaiser-Hed-Stiftung für das Jahr 1913 mit 360 M. soll nach Vorschrift des Stifters zur Unterstützung von begabten, fleißigen, braven Söhnen oder Töchtern bedürftiger, hiesiger Familien, insbesondere von Witwen, verwendet werden, um ihnen die Ausbildung für einen wissenschaftlichen, künstlerischen oder gewerblichen Beruf zu erleichtern. Bewerbungen sind innerhalb 10 Tagen unter Angabe der persönlichen und Vermögensverhältnisse sowie mit Zeugnissen anzugehen. 2830

Karlsruhe, den 15. August 1913.

Das Bürgermeisteramt.

Horsmann.

Carl König

Dentist

KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.

Telephon 2451.

Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen.

Klappsportwagen und älteres Hämmen m. Jung, Deutsche R. Smeden, Belg. (Niesen) zu verkaufen. Zu erfragen u. 12-1 Uhr Rüppurrstr. 6. Stb. I.

Sie bilden sich ein

neue Wäsche zu sehen, wenn Sie sie mit Persil gewaschen haben, so blendend weiss, frisch und duftig ist sie danach geworden. Einfachste Anwendung, billig im Gebrauch und absolut unschädlich

unter Garantie!

Überall erhältlich, nie lose, nur in Original-Paketen.

Persil

das selbsttätige
Waschmittel
Der grosse Erfolg!

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Henkel's Bleich-Soda.



Abschlag! Ia. Silber-Sauerkraut

per Pfd. 8 Pfg.
10 Pfd. 75 Pfg.

Mageres
Dürrfleisch
per Pfd. 1.10.

Neue Holl.
Bollhäringe
per Stück 7 Pfg.
10 Stück 65 Pfg.

Kartoffeln
3 Pfd. 14 Pfg.

Zuger und Filialen Durlach u. Umgeb.

Weisse und bunte
Bettdamast-
Reste

in nur Ia Qualitäten, werden enorm billig abgegeben.

Kaisersstr. 133, 1 Treppe hoch
Eingang Kreuzstrasse.

Auf dem Transport
defekt gewordene 2742

Eier

50 Stück 1 Mk.

Körbe mitbringen.

Waldbornstraße 19.

Durch G. Krausch, Durlach, habe eine Anzahl Helle, dabei einen Posten Silber-Kanin, zum Gerben erhalten. Die Eigentümer können die Helle abholen bei M. Kropf, Mühlburg, Elmerstr. 10. 5. St. 2806

Restaurant „Goldener Adler“, Spezialauschank der Brauerei Kammerer.

Jeden Donnerstag

Schlacht-Tag.

5

Hochachtend Ernst Müller.

Licht-Spiele

Ein aufgehobenes Polizeiverbot.

Das politische Schauspiel

Ein Drama in der Villa Stillfried

wurde uns am 9. August zur Vorführung

polizeilich verboten.

Es ist uns gelungen, dieses Verbot rückgängig zu machen, und gelangt der Film täglich in unseren beiden Theatern zur Vorführung. 2834

Dazu ein durchweg neuer glänzender Spielplan.

In den Lichtspielen:

Kurzes Gastspiel von

Maria Angela (Brüssel)

erstklassige Koloratursängerin.

Zum Vortrag gelangt:

Arie der Gilda aus der Oper

„Rigoletto“ von G. Verdi.

Metropol-Kino

Holzhandlung Joh. Kotterer,

Marientstr. 60, Telefon 3222, empfiehlt alle Dimensionen Bretter in Tannen, Fichten, Buchen, Eichen, Erle, Birnbau, sowie Holzbohlen, Stabbohlen, Verkleidungen, 2836 Rahmenscheitel, Latten usw. rob und gehobelt.

Residenz-Theater

Waldstr. 30.

Vornehmstes u. elegantestes Unternehmen am Platze. Eigens zu diesem Zwecke erbaut.

An Nachmittagen und Vorabenden

Rendezvous der Gesellschaft.

Programm

von Mittwoch, 20. bis inkl. Freitag, 22. August 1913:

Die letzte Probe

Grosses sensationell. Drama aus dem Artistenleben Glänzend. Varieté-Dreiakter. Schauspiel von Desfontaines und Garbagni.

In den Abruzzen

Naturaufnahme.

Vom „Volcano House“, das zwei Meilen vom Krater liegt. Ein beschwerlicher Weg führt über erkaltete Lava zum Feuerbrunnen, der auf dem Ostabhange des Mauna Loa in die steinige Tiefe gerissen ist.

Die verwechsellten Leuten.

Urgelungene Humoreske.

Pathe-Journal

Die neuesten Weltereignisse.

Das Tagewerk einer Hindu-Familie

Naturaufnahme. Sitten und Gebräuche. Leben dieses Menschenschlages.

Das Huhn mit den goldenen Eiern.

Kleine Komödie. Allbekannt ist die Fabel von La Fontaine: „Das Huhn mit den goldenen Eiern“.

Der Sieger im Rennen

Aufsehenerregendes Drama in 2 Akten aus dem amerikanischen Sportsleben. Prachtvoll koloriert! Hervorragender Kunstfilm. Ein Rennen auf Tod u. Leben!

VI. Gaufrunfest

des

Murpaltalgaues Gaggenaub.

Festzug, Gesamttänze von 800 Turnern, Damenriege u. v. a.

Schöne 3-Zimmer-Wohnungen

mit üblichem Zubehör in neu hergerichteter Mittelbau per Hof oder 1. Oktober zu vermieten. Zu erfragen im Büro Kriegerstraße 26, II., Hof. 2753

Möbel

jeder Art, sowie ganze Ausstattungen. Neuanfertigung nach Zeichnung, sowie Reparaturen.

Schreinerei Ruf

Jähringerstr. 82.

Milchziege, gute, zu verkaufen.

Riutheim, Hauptstraße 82.

Ausgabe im Monatspreis 25 3; am

Die siche

Wie je nach die von Geg Die Vert leiten und befannten reif, und Mezer des „Holl falismus jodel wir bleibt die galdemol durch Te munter o

Die i versicheru lassen, in ftig war. kapitalist reife. A hinausw reifer un aber einem fo munden vorbildl

Für die Zeit Seite m iprochre nen Geg fien Red ein gew Sozialr

Die Lattache in den G gegenüb mit der dann ei Rat zu sollten zu fuch Berkenm judgend geignie tern, d die lan neigt fub Notitar sie wür

Das gi für die Sache schende ein H Lebens Nechts ten, in nicht e

Bo jede k Arbeit Um d Schlo verklei ehmen den. das L ausge

Städt weiter die A Not i penfic zahl beitel Siche eihm liegen ters eben

D rung jeden Arbe der i stüht treib